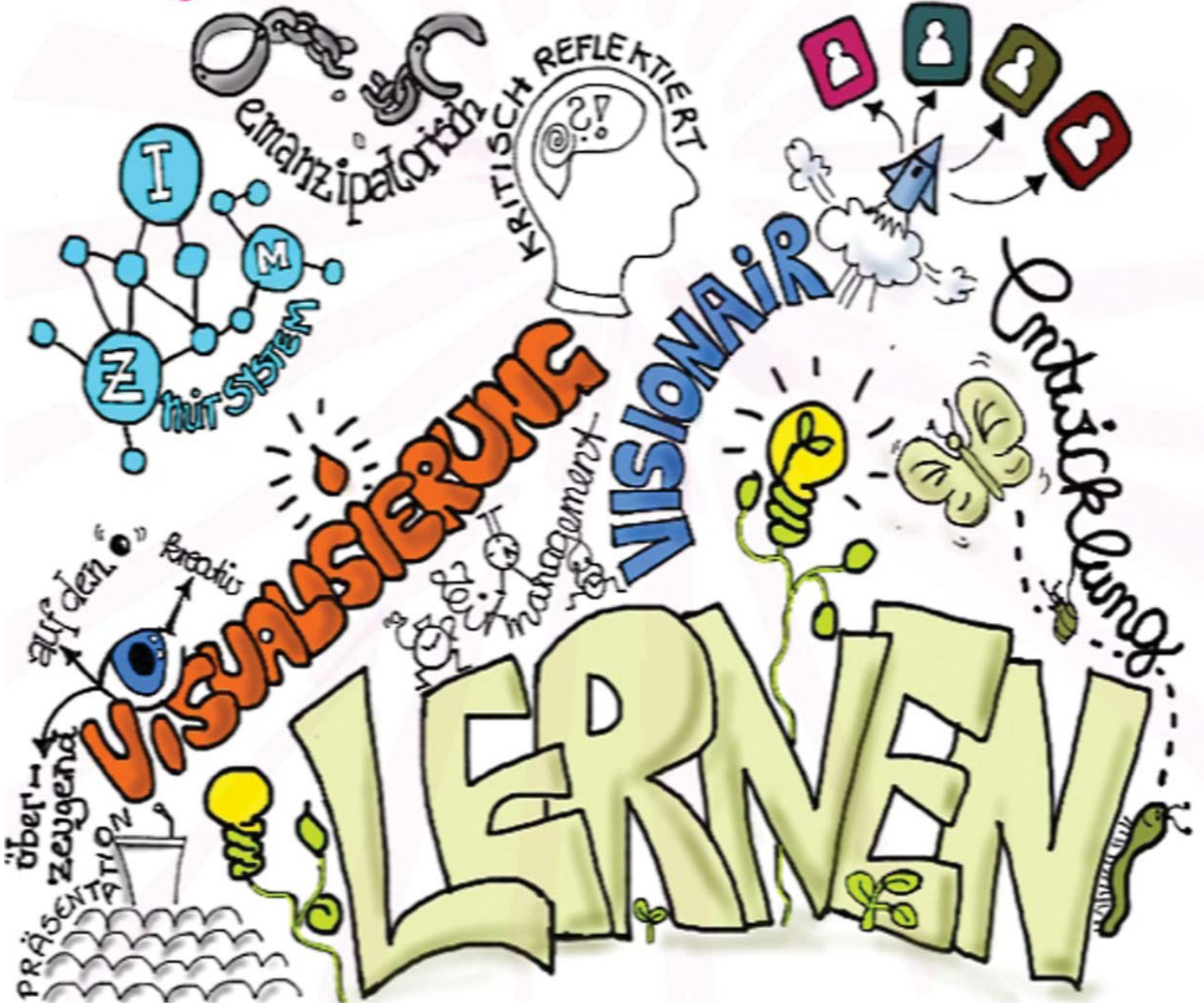


# Politische Bildung



# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Dieser *insider* legt einen deutlichen Schwerpunkt auf den Unterricht, genauer gesagt, auf den Unterricht in den allgemein bildenden Fächern bzw. Projekten. Der Grund ist schlichtweg darin zu finden, dass aus diesen Bereichen dankenswerter Weise mehrere Beiträge kamen.

Im Zentrum der Beiträge – schon vom Volumen her – steht der (desastriöse) Politische Unterricht bzw. die Politische Bildung an den Beruflichen Schulen. Was der Kultusminister auf eine Landtagsanfrage der SPD als Antwort vorlegt liefert Joachim Euler, einem kompetenten Politikdidaktiker, so richtig die Steilvorlage für seinen bissigen Kommentar „Keine Evaluation, keine Erkenntnisse, ein pures Nichts“ (vgl. S. 18-23).

Kai Vogt, Schulsportleiter an der Martin-Behaim-Schule in Darmstadt, zeigt an mehreren Beispielen, wie das Thema Digitalisierung im allgemein bildenden Unterricht, speziell im Sportunterricht, umgesetzt werden kann (vgl. S. 6-8).

Und auch der Religionsunterricht meldet sich vehement zu Wort, zum Einen im Plädoyer für einen berufsbezogenen Religionsunterricht, zum Anderen in der Forderung, dass Schüler/innen aller Religionen gemeinsam lernen (können), wie die Praxis an der Theodor-Heuss-Schule in Offenbach dies zeigt (vgl. S. 12-14).

Und schließlich dokumentiert das Projekt „Armut liegt auf dem weiblichen Geschlecht“ der Alice-Eleonoren-Schule in Darmstadt, dass gesellschaftlich relevante und brisante Themen in fachübergreifenden Projekten von Schülerinnen und Schülern kompetent bearbeitet werden können (vgl. S. 28)

Daneben gibt es wie immer Aktuelles (NEWS), weitere Informationen, gewerkschaftliche Vorstellungen und Forderungen sowie Spaßiges wie z.B. auf S. 15.

Ein neues Schuljahr steht bevor, neuer Stundenplan, neue Teammitglieder und vor allem aber auch neue und noch nicht bekannte Schülerinnen und Schüler.

Ich wünsche Euch für das kommende Schuljahr pädagogisch viel Erfolg, persönlich viel Freude und Bereicherung in Eurer Arbeit und innerschulisch die Weiterentwicklung demokratischer Gepflogenheiten.

*Dieter Feindt*

Der Wissensstoff, der dem Knaben im Unterricht nur in unzusammenhängender Weise beigebracht wurde, muss ... nun so zusammengestellt werden, dass die Verwandtschaft der einzelnen Wissensfächer miteinander sowohl wie mit der Natur des Seienden im klaren Zusammenhang hervortritt ... Dies ist die entscheidende Probe, ob man mit einem dialektischen Kopf zu tun hat oder nicht. Denn wer die Fähigkeit zum zusammenfassenden Überblick hat, der ist auch dialektisch veranlagt.

*(Plato, Der Staat – 7. Buch)*

## INHALTSVERZEICHNIS

Berufsschule 4.0 – Anspruch und Wirklichkeit	3
news	4
Digitalisierung im Schulsport	6
GEW Berufsbildende Schulen zukunftsfähig gestalten	9
HPRL – Intern	10
Berufsbezogener Religionsunterricht	12
Schüler aller Religionen lernen gemeinsam	14
Hexenschuß	15
Neue Publikationen	16
GEW zur Assistentenausbildung	17
Politische Bildung an Beruflichen Schulen	18
Dazu kritischer Kommentar	21
Digitalisierung und Lehrerbildung	24
GEW zum Berufsbildungsbericht	25
Frankfurter Schulpreis	26
Enquete-Kommission Berufliche Bildung	27
Armut liegt auf dem weiblichen Geschlecht – Ein Schülerprojekt	28
Sprachen lernen in Lernstufen	30
2 Beispiele für Schreiben nach dem GER	31
Veranstaltungen	32

# BERUFSSCHULE 4.0 - ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

29.03.2018 In den Debatten um die Qualität der beruflichen Bildung in Deutschland stand die Berufsschule in den letzten Jahren oft im Schatten ihres großen Bruders: dem betrieblichen Teil der Ausbildung. In den letzten Jahren rückt jedoch auch sie wieder mehr in den Fokus.

**B**erufsschulen sind für die duale Ausbildung eine unverzichtbare Komponente. Bundesweit gibt es derzeit rund 9.000 berufsbildende Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Hier konkurrieren sie mit den allgemeinbildenden Schulen um die knappen Haushaltsmittel und gehen dabei oftmals als Verlierer aus dem Aushandlungsprozess hervor. Diese (Haushalts-)Politik hat eklatante Folgen: marode Gebäude, unzumutbare sanitäre Anlagen, mangelnde technische Ausstattung. Die KfW beziffert den Sanierungsstau bei beruflichen und allgemeinbildenden Schulen auf 34 Milliarden Euro.

Bereits die letzte Bundesregierung hat hier deutliche Versprechungen gemacht, die auch durch den jetzigen Koalitionsvertrag untermauert werden. Was das nun genau bedeutet und wie sich Anspruch und Wirklichkeit ausprägen, dem widmet sich die aktuelle Ausgabe von Berufsbildung Aktuell der IG Metall Ausgabe 2/2018.

## **Berufsschulen in der dualen Ausbildung und regionalen Wirtschaft**

Im Auftrag der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung hat Prof. Dr. Karin Büchter eine Expertise zur Situation von Berufsschulen in der dualen Ausbildung erstellt. Die wesentlichen Inhalte fasst die

Bildungsforscherin für BBaktuell zusammen.

Mit dem Hinweis auf Fachkräftemangel, steigende Studierendenzahlen und einen nach wie vor hohen Anteil an bildungs- und arbeitsmarktbenachteiligten Jugendlichen, sollen seit einigen Jahren die duale Ausbildung und damit verbunden die Berufsschulen wieder aufgewertet werden. Dabei soll die Berufsschule nach dem Willen der KMK und der Allianz für Aus- und Weiterbildung zu dem werden, was sie eigentlich schon ist, nämlich zur „gleichberechtigten Partnerin“ neben dem Ausbildungsbetrieb im dualen System. Auch wenn solche Aufwertungen zu begrüßen sind, dürfen dabei zwei Aspekte nicht untergehen:

**Erstens:** Die Aufwertungen dürfen sich nicht darauf reduzieren, die Position der Berufsschule als Erfüllungsgehilfin ökonomisch-technischer Sachzwänge zu stärken. Berufsschulen sind in erster Linie Bildungsinstitutionen und haben als solche eine unentbehrliche Expertise für die duale Ausbildung, insbesondere wenn es um wichtige Fragen nach der Beseitigung von sozialer und bildungsbedingter Ungleichheit, dem Umgang mit Heterogenität, der Förderung selbstbestimmten Lernens, eines demokratischen Bewusstseins und des kritisch-konstruktiven Verständnisses gesellschaftlicher Entwicklungen geht.

Deshalb ist es nicht zielführend, die Bedeutung der Berufsschule für wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen zu betonen, ohne sich differenzierter mit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung als Bil-

dungsinstitution zu befassen. Nach wie vor sind Ziele wie Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung, Integration benachteiligter Jugendlicher und politische Bildung im Kontext beruflicher Bildung nicht erreicht.

**Zweitens:** Die Aufwertungen können sich nicht allein auf eine Top-Down-Versorgung der Berufsschulen mit Inputfaktoren, wie sächliche Ausstattung, Digitalisierung, Lehrerbildung konzentrieren. Diskutiert werden muss in diesem Zusammenhang auch darüber, wie und mit welchem Selbstverständnis Berufsschulen diese Inputfaktoren aufgreifen und in ihrem Gesamtkonzept umsetzen wollen und können. Die Aufgabe der Berufsschule als gleichberechtigte Partnerin besteht darin, im Rahmen ihrer Zugehörigkeit sowohl zum Beschäftigungssystem als auch zum Bildungssystem, ihres eigenen Anspruchs sowie ihrer strukturellen und kapazitären Bedingungen die Anforderungen an die duale Ausbildung zu interpretieren und dazu beizutragen, die Umsetzungen durch eigene berufsschulische Konzepte konstruktiv und kooperativ mitzugestalten. Wichtig ist dabei, dass die Berufsschule in der öffentlichen Wahrnehmung und im eigenen berufsschulischen Selbstkonzept als „relativ autonome Institution mit „Akteursqualität“ begriffen wird, so dass auch der Blick für die Möglichkeit berufsschulischer Einflussnahme auf die duale Ausbildung und die regionale Wirtschaft geöffnet wird.

**Prof. Dr. Karin Büchter ist Bildungsforscherin an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg**  
Aus: BBaktuell 2 IGM März 2018



## Dokumentation

Inzwischen liegt zur GEW-Tagung „Digitale R\*Evolution“, die im November 2017 in Hamburg stattgefunden hat, eine Dokumentation vor. Sie kann als Broschüre bei der GEW-Bund und digital bei der Redaktion angefordert werden.

## Umfrage der Landeschülervertretung

In der von der LSV durchgeführten online-Befragung bei hess. Schüler/innen (s. HLZ 6/2018) gibt es für die Beruflichen Schulen zwei interessante Aussagen: Die Aussage „Das Thema Mobbing und Diskriminierung wird an meiner Schule im Unterricht besprochen“ beantworteten 22% mit trifft voll bzw. eher zu. Die Aussage „Ich habe den Eindruck, dass die Schule mich gut auf die Anforderungen, die mein späteres Leben an mich stellen wird, vorbereitet“ wird von 39% mit trifft voll/eher zu beantwortet.

## (Berufliches) Lernen in digitalen Zeiten

Kommt nach Industrie 4.0, Arbeit 4.0 nun Bildung 4.0? Was ist zu erwarten, wenn Digitalisierung sich nicht nur in Veränderungen von Arbeitsprozessen niederschlägt, sondern, quasi im Zuge eines Rückkopplungseffektes, Qualifizierung zur Voraussetzung für die Entwicklung digi-

taler Prozesse ist? Sind dann nicht digitale Lernprozesse auch wichtige Objekte von Digitalisierung? Sind wir Zeitzeugen vom Ende des Frontalunterrichts im Klassenzimmer? Bewirken digitale Bildungsprozesse individualisiertes Lernen, bei denen jeder dort lernt, wo es ihm am besten passt und genau das und nur das lernt, was er meint für seinen beruflichen wie auch privaten Werdegang auch zu benötigen? Bedeutet dies das Aus für die „großen“ etablierten Bildungseinrichtungen Schulen, Universitäten oder auch den Trägern der Weiterbildung? Viele ungeklärte Fragen. Aber es gibt Experten, die geben Antworten. Und zwar in der neuen Online-Ausgabe von **DENK-doch-MAL.de**. Jetzt im Netz!

## Vokabel-App zum Selbstbefüllen

Mit der neuen App „MeinVokabular“ können Auszubildende ihr eigenes Bildwörterbuch mit individuell benötigten Vokabeln rund um die Berufsausbildung im Handwerk zusammenstellen. Dies erleichtert das Erlernen von Fachwörtern des jeweiligen Berufs. Die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern hat die App speziell für Personen mit Fluchthintergrund im Handwerk entwickelt. Zusätzlich zum Bild kann die Bezeichnung des Werkzeugs oder der Maschine noch eingesprochen und eingetippt werden. Die kostenlose App steht im Google Play Store und im App Store zur Verfügung.

## » HWK Unterfranken: Neue Vokabel-App rund um die Berufsausbildung

## Politische Bildung digital

Für Lehrkräfte stellt die EU-Initiative „Klicksafe“ online Unterrichtsmaterialien zur Verfügung.

Unter „Ethik macht klick: Werte-Navi fürs digitale Leben“ gibt es u.a. einen Baustein zu Big Data. Auf „aula – Schule gemeinsam gestalten“ können Schülerinnen und Schüler online und didaktisch begleitet Ideen zu Unterrichtsthemen, Veranstaltungen oder Raumgestaltung einbringen und diskutieren.

## Das Deutsche Schulportal

„Für mehr gute Schulen“ – das ist der Leitspruch des *Deutschen Schulportals*: Die Onlineplattform ist ein Fachmedium für alle, die sich für Schul- und Unterrichtsentwicklung interessieren. Das Schulportal stellt erfolgreiche Konzepte aus der Schulpraxis vor und bietet aktuelle Informationen und Beiträge rund um die Themen Schulpraxis, Bildungspolitik und Wissenschaft.

[www.deutsches-schulportal.de](http://www.deutsches-schulportal.de)

## Bildung in Deutschland 2018

In der regelmäßigen empirischen Bestandsaufnahme zum deutschen Bildungssystem analysieren die Autorinnen und Autoren bekannte und neue Indikatoren.

Schwerpunkt der 7. Ausgabe sind Bildungswirkungen und –erträge. Download unter [www.wbv.de](http://www.wbv.de)

### Ausbildungsressourcen ausweiten

Viele Ausbildungsbewerber gehen bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz immer noch leer aus, obwohl sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren insgesamt leicht verbessert hat. Betroffen sind vor allem leistungsschwächere Jugendliche, denen der Einstieg in Ausbildung nur schwer gelingt. Die Bertelsmann Stiftung befasst sich in einer Studie mit der Frage, wie die Ausbildungsressourcen so gesteigert werden können, dass jeder junge Mensch in Deutschland die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält.

» [Bertelsmann Stiftung: „Ausweitung der Ausbildungsressourcen“](#)

### Inklusion - Umsetzung im Ländervergleich

Inklusion ist in der beruflichen Bildung kaum institutionalisiert verankert. Jedoch werden in den Ländern vermehrt Projekte für mehr Inklusion in der beruflichen Bildung angestoßen. Zu diesem Fazit gelangt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. In der Summe aller Bildungsbereiche liegen Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Umsetzung von Inklusion weit vorne.

Die Studie ist bei der Redaktion abrufbar.

### Assistierte Ausbildung verlängert

Der Bundesrat hat der Verlängerung der Assistierte Ausbildung nach §130 SGB III um zwei Ausbildungsjahrgänge zugestimmt. Nach Auffassung des Bun-

desrates hat sie sich als wirkungsvolles betriebsnahes Instrument für die Verbesserung des Ausbildungserfolges bewährt. In einer Stellungnahme formulierten die Vertreter der Länder das Ziel, die Assistierte Ausbildung in diesem Zeitraum in ein unbefristetes Regelinstrument zu überführen. Besonders bemerkenswert: Der Bundesrat empfiehlt, das Instrument insbesondere auch für schulische Ausbildungen im Gesundheits- und Pflegebereich zu öffnen.

### Jugendmobilität innerhalb Deutschlands fördern

Ein neues Policy Paper der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt Möglichkeiten auf, wie junge Menschen zu mehr Mobilität in der Ausbildung ermutigt und Passungsprobleme verringert werden können. Zu den Empfehlungen gehören kostengünstige „Azubi-Tickets“ nach hessischem Vorbild, eine generell stärkere Berücksichtigung des Themas durch die Akteure sowie eine gesetzliche Verbindlichkeit des Jugendwohnens im SGB VIII. Es wird eine sozialpädagogische Begleitung empfohlen und der Sanierungsstau in den Gebäuden des Jugendwohnens müsse dringend überwunden werden.

» [überaus: Mobilität in der Berufsbildung](#)

### Weiterbildungsverhalten in Deutschland - Ergebnisse des Adult Education Survey 2016

Am 24.5.2018 ist der neue Bericht zum Weiterbildungsverhalten in Deutschland erschienen. Er fußt auf Erhebungen aus dem Jahr 2016. Die Weiterbildungsbeteiligung befindet sich in Deutschland seit dem Jahr 2012 auf hohem Niveau. Im Jahr 2016 waren 50 Prozent der Erwachsenen

weiterbildungsaktiv. Ausgehend von diesem Befund liefert der Adult Education Survey (AES) 2016 zahlreiche Detailergebnisse, die hier in dem nun online verfügbaren Ergebnisbericht vorgestellt werden. (PDF-Dokument, 302 Seiten, 2018)

[https://www.bildungsserver.de/onlineressource.html?onlineressourcen\\_id=59527](https://www.bildungsserver.de/onlineressource.html?onlineressourcen_id=59527)

### AMAZON Pur

Insbesondere die Jüngeren fahren voll auf Amazon ab. Was dabei u.a. nicht bedacht wird: Amazon drückt sich, wo immer möglich, um Steuern und Tarifverträge. Jeff Bezos, der Amazon-Chef, ist mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 112 MRD. US-Dollar derzeit der reichste Mensch der Welt. Er verdient in jeder Minute eines Tages 1t. Süddeutscher Zeitung 36.720 US-Dollar. Die Amazon-Beschäftigten in den USA verdienen derzeit 28.446 US-Dollar, im Jahr wohlgemerkt. Und das Hamburger Abendblatt schrieb Ende April „An Amazon lässt sich eine Krankschumpfung sozialer Verhältnisse besichtigen“.

### Zusammenstellung und Ausführungen Dieter Staudt



Das nachstehende Beispiel aus dem Schulsport der Martin-Behaim-Schule in Darmstadt zeigt exemplarisch, wie das Thema Digitalisierung im allgemeinbildenden Unterricht der Berufsschule umgesetzt werden kann.

# DIGITALISIERUNG IM SCHULSPORT

Nadine spielt in einem erfolgreichen Wasserballteam und Franziska tanzt mit Begeisterung in einer Volkstanzgruppe. Toll, welche vielfältigen sportlichen Kompetenzen in einer Lerngruppe stecken. Schade nur, dass hiervon nicht unmittelbar im Sportunterricht profitiert werden kann. Aber wäre es im Hinblick auf die Erweiterung der digitalen Bildung und dem individuellen Fördern von Stärken nicht genial, diese Leistungen dennoch im Schulsport berücksichtigen zu können? Das geht: Durch die von Schülerinnen und Schülern selbstgestellten Video-Tutorials mit Hilfe von Smartphone und Co. wird individuelle Bewertung jeglicher sportlichen Leistung denkbar. Und gleichzeitig erhalten Lernende die Möglichkeit, ihre digitale Medienkompetenz auszubauen.

## VIDEO-TUTORIALS IN ALLTAG UND SCHULE

Die Digitalisierung der Welt schreitet in großen Schritten voran. Digitale Medien und Werkzeuge treten an die Stelle analoger Verfahren und lösen diese teils ab oder ermöglichen neue Perspektiven. Ob Schminktipp, Anleitungen zum Krawatte binden oder Nachhilfe in Sachen Dreisatz – Video-Tutorials oder zu Deutsch Videoanleitungen auf Internetplattformen wie youtube sind mittlerweile sehr präsent in der Alltagswelt der meisten Schüler. In kurzen Filmsequenzen werden Dinge präsentiert und erklärt, die durch bewegte Bilder einfacher zu erfassen sind. Mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets mit den zugehörigen Apps sind zum zentralen

Medium für Jugendliche geworden und werden in nahezu allen Lebensbereichen eingesetzt. Laut aktueller Jugend, Information und (Multi-) Media-Studie (kurz: JIM, 2017) – einer Basisuntersuchung des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest (mpfs) zum Medienumgang 12 bis 19-Jähriger – besitzen 97 % der Befragten ein Smartphone.

Mit der Strategie der Kultusministerkonferenz (KMK) „Bildung in der digitalen Welt“ wurde sich auf höchster Ebene des Bildungssystems dem digitalen Wandel in der Schule angenommen. Auch in der Politik wurde die Notwendigkeit der Berücksichtigung dieses Themas endlich erkannt. Laut Koalitionsvertrag sollen fünf Milliarden Euro zur Umsetzung des „Digitalpakts Schule“ in den nächsten Jahren eingesetzt werden. Die Digitalisierung bringt Chancen und Herausforderungen zugleich. Arbeits-, Produktions- und Geschäftsabläufe werden immer digitaler – Stichwort „Industrie 4.0“. Insbesondere die berufliche Bildung wird hierdurch verstärkt gefordert, Schülerinnen und Schüler für diese Entwicklung fit zu machen. Gleichzeitig bietet das digitale Zeitalter moderne Möglichkeiten auf methodischer Ebene, um der beschriebenen Realität zu begegnen. Ähnlich wie die Digitalisierung in vielen Bereichen des täglichen Lebens bereits zu Erleichterungen geführt hat, lässt sie sich auch im Sportunterricht einsetzen. Sportlehrkräfte können durch Nutzung „Digitaler Medien“ die Chance wahrnehmen, Lehr-Lernprozesse mit Hilfe von zeit-, orts- und mate-

rialautonomen Videoaufnahmen zu verändern sowie Talente und Potenziale individuell zu fördern.



Das o. g. Handlungskonzept der KMK verfolgt das Ziel, den digitalen gesellschaftlichen Wandel in die Lehr-Lernprozesse des Bildungssystems zu integrieren. In einem Kompetenzrahmen werden sechs Kompetenzbereiche definiert, die fachspezifisch in allen Fächern – und somit auch im Sportunterricht – Umsetzung finden sollen. Zusammengefasst lauten sie: 1. Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren; 2. Kommunizieren und Kooperieren; 3. Produzieren und Präsentieren; 4. Schützen und sicher Agieren; 5. Problemlösen und Handeln; 6. Analysieren und Reflektieren. Diese Bereiche werden durch Ausdifferenzierungen mittels konkreteren Handlungen für den Unterricht greifbarer.

Der zwischen Bundesministerium



für Bildung und Forschung und KMK geschlossene „DigitalPakt Schule“ bekräftigt die Relevanz des Themas. Medienkompetenz bzw. „digitale Kompetenz“ in der Schule erfährt einen Bedeutungszuwachs, indem Bundesländer z. B. Unterstützungsstrukturen wie einen kostenlosen pädagogischen Netzwerkdienst (in Hessen: LANiS), weitestgehend kostenlose Fortbildungsangebote z. B. durch Medienzentren Rhein-Main und Beratungen anbieten. Durch den in Hessen veröffentlichten Erlass zur Einführung eines Portfolios Medienbildungskompetenz für Lehrkräfte (ABl. 03/ 17) wird der Stellenwert des Themas „digitale Medien“ ebenfalls deutlich.

Im Kontrast hierzu stehen allerdings die rechtlichen, infrastrukturellen und personellen Herausforderungen. Komprimiert zusammengefasst lauten zwei zentrale Erkenntnisse der „International Computer and Information Literacy Study – kurz ICILS-Studie (2013): Die computer- und informationsbezogenen

Kompetenzen deutscher Schülerinnen und Schüler liegen im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld. Bei der Nutzung digitaler Medien in Lehr-Lernprozessen schneidet Deutschland im OECD-Vergleich weit unterdurchschnittlich ab.

### UNTERRICHTSBEISPIEL LEISTUNGSBEWERTUNG DURCH VIDEO-TUTORIAL

Im Folgenden soll ein neuartiges Beispiel aktueller schulischer Lernkultur beschrieben werden, indem Video-Tutorials als Grundlage einer Teilnote im kompetenzorientierten und individualisierten Sportunterricht eingesetzt wurden. Ein Ziel des digitalen Wandels

im Bildungsbereich wie stärkere Förderung der Selbstständigkeit von Lernenden wird dabei umgesetzt. Im Gegensatz zu den unter üblichen Unterrichtsbedingungen – wie Zeit-, Material- oder Platzmangel – durchgeführten Leistungsbewertungen sind beim selbsterstellten Video kaum Grenzen gesetzt. Jedes Smartphone ist mit einer Videofunktion ausgestattet. Zahlreiche Apps wie beispielsweise „coach’s eye“ bieten anwenderfreundliche Funktionen zur Aufnahme, Kommentierung und Bearbeitung von Videosequenzen mit dem Smartphone oder Tablet. Videobearbeitung am PC mit Hilfe des „movie-makers“ oder „i-movie“ erweitern die Möglichkeiten. Durch die Nutzung eines modernen Medi-



ums mit enormen Lebensweltbezug für die Lernenden und die gleichzeitigen individuellen Gestaltungsmöglichkeiten beim Videodreh lässt sich eine aktive Auseinandersetzung mit digitalen Werkzeugen und sportlichen Handlungen bewirken.

Die Aufgabe lautete: „Erstellen Sie ein ca. einminütiges Video-Tutorial, indem Sie eine sportliche Handlung Ihrer Wahl bestmöglich durchführen und kommentieren.“ Das Lernprodukt wurde nach dem Grundsatz „bring your own device“ erstellt, d.h. mit eigenen mobilen Geräten. Fehlende Verfügbarkeit digitaler Geräte sowie ein hoher zeitlicher und organisatorischer Aufwand sind somit passé. Als

Unterstützungsmaßnahmen können Hinweise zur Aufnahme der Videos, wie die Wahl der Perspektive oder des Bildausschnitts, gegeben werden. Zur Übermittlung des Videos sind unterschiedliche Wege denkbar: Auf dem Tablet des Schülers vorzeigen; per USB-Stick abgeben oder Email senden; auf einer geschützten Plattform teilen.

### ZWEI KONKRETE UMSETZUNGSBEISPIELE VON SCHÜLERN

Nadine spielt in ihrer Freizeit in einem Wasserballteam. Im Unterricht kann diese Sportart aufgrund fehlender Möglichkeiten zum Schwimmen leider nicht zum

Thema gemacht werden. Deshalb hat die Schülerin im Rahmen des Video-Tutorials Szenen aus ihrem Training und Spielen aufnehmen lassen, zusammengeschnitten und ähnlich einer Anleitung kommentiert (siehe Foto). In einer Szene wird der Schwimmstil thematisiert, indem Nadine den Kraulstil demonstriert. Im weiteren Verlauf stellt

sie ihre Spielerposition und deren vordergründige Aufgaben vor. Abschließend zeigt sie Torwürfe und erklärt deren Bewegungsablauf.

Franziska betreibt seit ihrer Kindheit Volkstanz. Diese traditionelle Tanzform wurde in der Vergangenheit bei Volksfesten oder anderen gesellschaftlichen Anlässen häufig ausgeübt. Im heutigen Sportunterricht werden eher moderne Formen der rhythmischen Bewegung wie etwa Hip-Hop, Jumpstyle oder Capoeira favorisiert. Damit Franziska ihr langjähriges Hobby dennoch in den Sportunterricht einfließen lassen kann, hat sie sich bei einem Volkstanzturnier während des Wolgaster-Tanzens filmen

lassen. Im Video sieht man die mit vier Paaren einstudierte Choreografie bestehend aus einfachen Grundschritten bis hin zu komplexeren Schrittfolgen (siehe Foto).

### ANALYSE DER AUFGABENSTELLUNG UND DATENSCHUTZ

Auf Basis der sechs KMK-Kompetenzbereiche „Bildung in der digitalen Welt“ soll die Aufgabe



der Erstellung von Video-Tutorials zur Leistungsbewertung nun kurz analysiert werden. Das „Suchen“ wird vor dem Videodreh von den Schülern durch die Prozesse Ideen-suche, -abruf und -bewertung der sportlichen Handlung ausgeführt. Das „Kommunizieren und Kooperieren“ wird durch die Zusammenarbeit unter den Schülern erzeugt. Das „Produzieren und Präsentieren“ wird beim Videodreh berücksichtigt. Das „Schützen“ wird bei der Abgabe des Videos an die Lehrkraft thematisiert. Das „Handeln“ ist dem gesamten Prozess immanent. Das „Reflektieren“ wird in einer abschließenden Unterrichtsphase angeleitet.

Der Datenschutz ist bei dem beschriebenen Vorhaben nicht zu vernachlässigen. Es gilt, einige grundsätzliche Regeln und zusätz-

lich die schulischen Datenschutzrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes zu beachten. Der Grundsatz des Rechts am eigenen Bild darf nicht verletzt werden, d. h. es ist eine Einwilligung zur Nutzung des Videomaterials von den Beteiligten oder, je nach Alter (Stichwort „Einsichtsfähigkeit“), von deren Eltern einzuholen. Des Weiteren dürfen Bilder und Videos nur lokal gespeichert und nicht veröffent-

licht werden. Nach Abschluss der Bewertung muss deren Löschung erfolgen. Bei Nichtzustimmung muss eine „analoge“ Alternative angeboten werden.

### FAZIT

Es lässt sich festhalten, dass Video-Tutorials einerseits zur Medienkompetenzförderung beitragen und ebenso einen sportlichen Mehrwert durch Medieneinsatz erzielen. Werden Datenschutzgrundsätze eingehalten, ist auch rechtlich alles abgesichert. Aus persönlicher Sicht bieten Video-Tutorials neben der Symbiose von Bewegung, Bewertung und Medienkompetenzförderung der Lernenden viele weitere positive Aspekte. Als Lehrer habe ich durch die Lernprodukte zuvor unentdeckte Potenziale in meinen Lerngruppen bemerkt.

Die Herausforderung, sich mit den vielfältigen Sporthandlungen – vom Fitnessstraining, über Reitsport bis zum Beweglichkeitstraining mit dem flexx Zirkel (siehe Foto) – auseinanderzusetzen, war spannend.

Auf Seiten der Schülerschaft ist anfängliche Skepsis überwiegend Neugier und Motivation gewichen. Für einige Lernende war die Aufgabe ein Anlass, ihre ehemalige Lieblingssportart wiederzubeleben. Die Motivation zu außerschulischem Sporttreiben konnte gefördert werden. Kreative Lösungsideen erzeugten unterschiedlichste Arbeitsergebnisse, die mittels analoger und kollektiv vorgegebener Überprüfung niemals entstanden wären. Die jungen Erwachsenen sind von der passiven Konsumentenrolle (Video-Tutorials ansehen) in eine aktiv gestaltende Position (Video-Tutorials erstellen) geschlüpft. In einer kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit der Thematik konnten neue Erkenntnisse im Umgang mit digitalen Medien gewonnen werden. So folgte das digitale Lehren und Lernen dem Primat des Pädagogischen, d. h. der Bildungs- und Erziehungsauftrag stand im Vordergrund. Bei den Lernenden hat die Vorgabe dieser Leistungsbewertung zum Aufbau bzw. zur Erweiterung von Handlungsfähigkeit in der „digitalen Welt“ geführt.

Entscheidend für Einsatz und Qualität digitaler Lehr-Lernprozesse ist, dass Lehrende über eigene Kompetenzen sowie didaktische Konzepte hierfür verfügen. Daher muss die Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung einen entsprechenden Schwerpunkt setzen und die von Seiten der Politik zugesagten Unterstützungsmaßnahmen müssen schnell und spürbar umgesetzt werden.

*Kai Vogt*

*Schulsportleiter*



# BERUFSBILDENDE SCHULEN ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN!



Die GEW Hessen fordert von der neuen Landesregierung ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen an den Berufsbildenden Schulen!

## 1. Jetzt die Pflichtstunden senken und die Arbeitsbedingungen verbessern!

Die Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen haben immer mehr Aufgaben zu erledigen, ohne dass ausreichende Ressourcen zur Erledigung dieser Arbeit bereitgestellt werden. Um beispielsweise die geforderte individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern, die inklusive Beschulung und die Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen umzusetzen, müssen die Pflichtstunden der Lehrkräfte gesenkt, die außerunterrichtlichen Tätigkeiten durch Deputate ausgeglichen, die Klassengrößen reduziert und sonderpädagogische Förderung und sozialpädagogische Unterstützung als personelle Regelausstattung eingeführt werden.

## 2. Jetzt die Gebäude sanieren und die Schulen angemessen ausstatten!

Der Renovierungsstau der Gebäude an vielen Berufsbildenden Schulen und die oftmals veraltete Ausstattung müssen umgehend angegangen werden. Zur

Unterstützung der Schulträger ist ein Sanierungs- und Ausstattungssonderprogramm der Landesregierung notwendig.

## 3. Jetzt den Lehrkräftenachwuchs und die Lehrkräftequalifikation sichern!

Nach wie vor gibt es einen eklatanten Nachwuchsmangel in vielen Berufsfeldern. Zur Behebung des Mangels ist durch die Landesregierung endlich ein schlüssiges und wirksames Konzept zu entwickeln. An den Berufsbildenden Schulen in Hessen unterrichten weit über 1.400 Personen ohne Lehramt. Für diese Personen sind Weiterbildungs-Sondermaßnahmen einzurichten.

## 4. Jetzt qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten schaffen!

Die staatlich verantworteten Fortbildungsmöglichkeiten sowohl in den beruflichen Fachrichtungen wie auch in den allgemein bildenden Fächern sind völlig unzureichend. Als Lösung wird ein staatliches Fortbildungsinstitut für die Berufsbildenden Schulen gefordert, das mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten ist.

## 5. Jetzt die Übergänge sinnvoll gestalten!

Trotz der Verlautbarungen zum Fachkräftemangel ist es für viele Jugendliche schwer beziehungsweise unmöglich, den Übergang in Ausbildung ohne Unterstützung zu schaffen. Eine Reform des Übergangssystems, die alle Jugendlichen mitnimmt und ihnen eine Perspektive für Ausbildung, weiterführende Bildungsgänge und das weitere

Leben gibt, ist überfällig. Ob die neu eingeführte Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) dies ermöglicht, ist zeitnah zu evaluieren.

## 6. Jetzt Zugewanderte integrieren!

Die Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Berufswelt ist eine weitere wichtige Aufgabe der Berufsbildenden Schulen. InTeA, das Programm der Landesregierung, hat erhebliche Mängel. Diese müssen behoben werden, wenn Integration gelingen soll. So ist das Sprachförderkonzept eine Kopie aus den allgemeinbildenden Schulen, die Klassenstärke ist mit 20 viel zu hoch, junge Erwachsene über 20 Jahre werden nicht gefördert, die sozialpädagogische Unterstützung ist viel zu gering angesetzt und Betriebspraktika sind so gut wie nicht vorgesehen. Die Chance der Verbindung von Lernen und Arbeiten in der Berufsbildenden Schule wird nicht genutzt.

### Als ich einmal Lehrerin werden wollte

„Mit unmotivierten BWLern kann die Gesellschaft umgehen. Mit unmotivierten Lehrern nicht“ (Norbert Seibert, Pädagogikprofessor an der Universität Passau). An der Uni Passau wird seit 2009 jedes Semester ein viertägiger Lehrereignungstest angeboten. Inzwischen haben diesen Test 1.500 Personen absolviert. (vgl. den gleichnamigen Artikel der FAZ vom 26. Mai 2018)

Die allgemeinen Schwerpunkte des Hauptpersonalrats seit März 2018 waren Sommerferienbezahlung, Lehrkräftemangel, VO inklusive Schulbündnisse, sozialpädagogische Unterstützung (UBUS) und Stellenzuweisung. Nach Aussage des Ministeriums wird es bei den inklusiven Schulbündnissen erstmals Ressourcen für sonderpädagogische Förderung an beruflichen Schulen geben. Erste Rückmeldungen beschreiben diese jedoch als äußerst dürftig. Von den groß angekündigten zusätzlichen SozPäd-Stellen gibt es 0,25 Stellen pro berufsbildende Schule. Das sind rund 30 Stellen für die 110 Berufsbildenden Schulen von insgesamt 700 Stellen, dies zum Stellenwert der beruflichen Bildung bei dieser Landesregierung.

Für die berufsbildenden Schulen standen die Sondermaßnahme Metall/Elektro, die Beschulung Zugewanderter nach INTEA bzw. Intensivklassen und die Verordnungen der Fachschulen, der höheren Berufsfachschulen, des beruflichen Gymnasiums und der Fachklassenstandorte auf der Tagesordnung. Zur Beschulung volljährige Abgänger\_innen aus INTEA und Intensivklassen an allgemeinbildenden Schulen wurden 1.400 Plätze in BzB oder BÜA geschaffen und in der Zuweisung hinterlegt. Ob die Plätze ausreichen, wird sich zeigen.

### **Verordnung Fachschule**

Der HPRL nahm zu dem Verordnungsentwurf wie folgt Stellung:

Die bestehende Regel in § 4 Abs. 3 besagt, dass die Anmeldung für die Fachschulen spätestens sechs Monate vor Beginn der Ausbildung erfolgen müsse. Der HPRL regte an, den Hinweis hinzuzufügen, dass bei freien Ausbildungsplätzen Anmeldungen auch noch nach der Frist berücksichtigt werden können. Andernfalls könnten vorhandene Ausbildungsplätze nicht besetzt werden und dies bei dem allseits beklagten Fachkräftemangel. Das Ministerium sagte eine Prüfung zu.

In § 9 Abs. 7 soll die Gewichtung der Projektarbeit und des Kolloquiums einschl. Präsentation genau festgelegt werden. Handlungsspielräume der Schulen würden eingeschränkt, da bisher die Schulen die Gewichtung individuell regeln konnten. Die Gewichtung könne auch aufgrund der Anforderungen in unterschiedlichen Fachrichtungen differieren. Das Ministerium will prüfen, hier eine Öffnung vorzusehen.

In § 18 Abs. 2 wird neu festgelegt, dass den einzureichenden Prüfungsvorschlägen künftig ein Erwartungshorizont und ein Lösungsvorschlag mitgeliefert werden sollen. Der HPRL kritisiert diese Regelung als unnötige zusätzliche Arbeit für die prüfenden Lehrkräfte.

In § 23 Abs. 2 wird festgelegt, dass Gegenstand der fakultativen mündlichen Prüfung nur noch die Prüfungsarbeiten I und II sein können und nicht mehr wie bisher auch die Fächer Deutsch, Englisch

und Politik. Dies kritisiert der HPRL.

Zu § 32 (6) erklärte der HPRL, dass die Durchschnittsnote besser aus dem gewichteten arithmetischen Mittel aller nach Stundenanteil gemäß Rahmenlehrplan gewichteten Fächer, Lernfelder etc. gebildet werden solle.

Der Erwerb der Fachhochschulreife soll viel ausführlicher als bisher geregelt werden. Nach den Hochschulgesetzen der Länder ist der Abschluss der Fachschule der allgemeinen Hochschulreife als Zugangsvoraussetzung gleichgesetzt. Der Verweis des Ministeriums auf KMK-Vereinbarungen kann so nicht akzeptiert werden. Die Landesregierung kann sich bei der KMK dafür stark machen, dass die Vereinbarung geändert wird und somit keine unnötige Mehrarbeit für Lehrkräfte anfällt.

### **Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO)**

Hier wurden die Fachrichtungen im Beruflichen Gymnasium festgelegt. Erstaunlich, dass das Ministerium in der Verordnung vom Schulgesetz abweicht, juristisch gilt eigentlich, dass die Verordnung dem Gesetz folgt. Dies und weitere Details hat der HPRL kritisiert.

### **Kerncurricula Berufliches Gymnasium**

Diese wurden nicht erörtert. Die GEW hat in ihrer Stellungnahme die mangelnden

Genderaspekte in dem Curriculum Erziehungswissenschaften und die Fixierung auf betriebswirtschaftliche Aspekte zu Ungunsten volkswirtschaftlicher Betrachtungen im Curriculum Wirtschaft kritisiert.

### QUEM – Sondermaßnahme Metall/Elektro

Nachdem die Verordnung geändert wurde und der Erlass an die Schulämter und Schulen ging, ist es nun möglich, Bachelorabsolventen in den Fachrichtungen Metalltechnik oder Elektrotechnik im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme unbefristet einzustellen. Nach Rücksprache mit ZPM, HKM und Lehrkräfteakademie

wurden für die QUEM-Einstellungen Regelungen zum Einstellungsverfahren festgelegt. Diese wurden den Gesamtpersonalräten mitgeteilt, die diese wiederum an die betroffenen Schulpersonalräte weiter geben. Es wurden bis zu den Ferien rund 40 Verfahren in die Wege geleitet. Das Ministerium hat 50 Stellen zur Verfügung gestellt. Da geht also noch was.

### Fachklassenstandorte

Hier wendete das HKM sein Verfahren an, das die GEW schon vor Jahren vorgeschlagen hatte. Die Änderungen der schulamtsübergreifenden Fachklassenstandorte wurden in

regionalen Arbeitskreisen mit allen Akteuren der beruflichen Bildung diskutiert und im Konsens festgelegt. Das Ministerium hat lediglich die Beschlüsse dieser Arbeitskreise in Verordnung gegossen. Darüber hinaus wurde erstmals seit vielen Jahren entsprechend den Forderungen der GEW der Standort für die Landesfachklasse Kaufmann/Frau E-Commerce im Amtsblatt ausgeschrieben. Deshalb begrüßte der HPRL das angewendete Verfahren.

Die kompletten Stellungnahmen des HPRL und der GEW können per Email angefordert werden bei: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Ralf Becker**

## Wir trauern um Hellfried Graf – \* 27.04.1931 † 28.05.2018

Aufgewachsen in einem sozialistischen Elternhaus, der Vater verfolgt durch die Nazis und verschleppt ins KZ, hatte er keine leichte Kindheit und Jugendzeit. Trotzdem gelang es ihm in der antikommunistischen Atmosphäre der Nachkriegszeit, Abitur und Studium erfolgreich abzuschließen. Seine Reden als Berufsschulpädagoge in Frankfurt und als Gewerkschafter in GEW und DGB waren prägend. Sie fanden den Weg in die Medien und in die Öffentlichkeit, letztendlich auch in ein bedeutendes Geschichtsbuch über das duale System in Hessen. Er kämpfte seit Anfang der 70er- bis in die 90er-Jahre für die Rechte der Berufsschüler und Lehrlinge im dualen Ausbildungssystem. Mit ganzer Kraft gegen ein veraltetes Berufsschulsystem, für die Realisierung des Berufsschulunterrichts an 2 arbeitsfreien Tagen pro Woche, für die Einführung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer, gegen die Aushöhlung der Berufsschulpflicht, für Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Kritisch in der Sache und konstruktiv im Ton sorgte der „Rote Graf“ für Aufsehen im Landesvorstand der GEW und im Hauptpersonalrat der Lehrer beim Hessischen Kultusminister. Es kam ihm immer darauf

an, die Gemeinsamkeit der Einzelgewerkschaften im DGB gegen das konservative berufsständische Denken einzusetzen. Ich habe dabei viel von ihm gelernt.

Wir alle haben in Hellfried immer einen klugen, erfahrenen und geradlinig denkenden Mitstreiter gehabt, der uns Jüngeren notfalls auch mal die Leviten gelesen hat. Dabei immer freundlich, humorvoll, sympathisch und bescheiden, aber konsequent für die gemeinsame Sache.

Mit Hellfried erlebten wir Jüngeren auch einen Schul-



Hellfried Graf, Ostermarsch 2014;  
Foto: Manfred Rößmann

leiter, der anders war als die, die wir aus den beruflichen Schulen damals in den 70ern kannten, einen Kollegen, der Kritik konstruktiv zu wenden vermochte, einen unermüdlichen Mahner und Kämpfer. Er kämpfte mit uns für eine zeitgemäße Berufsausbildung und viele Jahre für den Frieden und eine bessere Welt.

Hellfrieds Tod macht viele von uns sehr betroffen. Mit ihm verlieren wir einen vorbildlichen Menschen. Wir sind in Gedanken bei ihm. Wir werden ihn nicht vergessen.

**Kurt Kiesel**



# BERUFSBEZOGENER RELIGIONSUNTERRICHT

Das Image des Religionsunterrichts an berufsbildenden Schulen ist mau. Dabei ist dieser Unterricht besonders lebensnah und greift Sinnfragen auf, die zu einem gelingenden Leben beitragen können. Wie sieht guter Religionsunterricht dort aus?

„Wozu brauchen wir das? Religion hat nichts mit unserem Beruf zu tun. Unsere Ausbilder sehen das auch so“, beschreibt eine Religionslehrerin in einem Internetforum das mau Image des Religionsunterrichts an Berufsschulen.

religiöser, philosophischer, beruflicher und gesellschaftspolitischer Sicht bedeutsam und beständig. Der Religionsunterricht ist dabei einer der wenigen Orte in der Berufsbildung, um sich mit existenziellen Fragen auseinanderzusetzen.



„Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen bietet einen anderen Nutzen als ein Bewerbungstraining“, sagt Kristina Augst, Religionslehrerin an einer Berufsschule in Offenbach sowie Studienleiterin am Religionspädagogischen Institut der Evangelischen Kirche in Hessen. Der BRU ist in der Tat nicht so unmittelbar verwertbar wie der fachbezogene Berufsschulunterricht. Aber er ist wertvoll für die Orientierung im Leben und im Beruf, weil er dazu befähigt, Sinnfragen im Leben besser zu beurteilen. „Ich glaube als evangelische Christin, dass es sich lohnt, sich mit den Weltanschauungen

und Symbolen auseinanderzusetzen, die das Leben plausibler machen können“, sagt Kristina Augst.

## Sinnfragen stellen, damit das Leben gelingt

Die Arbeitswelt mit ihren Berufen verändert sich laufend. Während in der globalisierten Arbeitswelt alte Ausbildungsberufe wie Schriftsetzer aussterben, bleiben Sinnfragen aktuell. Sinnfragen, wie „Wer bin ich?“, „Was kann ich wissen?“ und „Was soll ich tun?“ und „Was darf ich hoffen?“ sind aus

„Die Reflektion solcher Fragen ist eine Voraussetzung für ein gelingendes Leben“, sagt Andreas Ziemer, Dozent am Pädagogisch-Theologischen Institut der Evangelischen Kirche (PTI) und Schulpfarrer an Magdeburger Schulen. Das führe in beruflicher Hinsicht zu einer vertieften Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt: „Was kann ich leisten? Wie gelingt Anerkennung? Was bedeutet Gerechtigkeit? Was erfordert Solidarität? Ist mein Beruf mehr als ein Job?“

Katholischer und evangelischer Religionsunterricht ist in Deutschland Pflicht. Laut dem Grundgesetz (Artikel 7, Absatz 3) ist Religionsunterricht an allen Schulen „ordentliches Lehrfach“. Das gilt für alle Schulformen, die beruflichen Schulen eingeschlossen, mit Ausnahme von Bremen und Berlin. Die Leistung im Fach wird auch benotet. Aber nur weil er verpflichtend ist, ist er nicht überflüssig oder gar bedeutungslos für die Zukunft von Berufsschülern. „Ich arbeite viel mit leistungsschwachen Berufsschülern und die finden es hilfreich, wenn man ihnen ein weltanschauliches Gelände in die Landschaft stellt“, erläutert Kristina Augst.

## Berufliche Tätigkeiten mit neuer Bedeutung aufladen

Eine wichtige Aufgabe von Religionslehrkräften an berufsbildenden Schulen ist es, die Schülerinnen und Schüler zu motivieren. Das ist eine echte Heraus-

„Religion hatten wir doch schon“, murren Auszubildende oft, wenn katholischer oder evangelischer Religionsunterricht zum ersten Mal auf dem Stundenplan steht. Als ob sie im Religionsunterricht wiederkauen müssten, was sie in der Grundschule oder allgemeinbildenden Schule dazu schon gelernt haben. Nichts Weltbewegendes auf der Schwelle vom Elternhaus zum Beruf. Abschalten! Wenn es um den Religionsunterricht in der Berufsschule (BRU) geht, befinden sich Religionslehrkräfte nicht selten in der Defensive.

forderung, sind doch Berufsschul-  
klassen in der Regel sehr vielfältig  
zusammengesetzt, insbesondere im  
Hinblick auf ethnische und religiöse  
Herkunft. „Guter Religionsunter-  
richt an beruflichen Schulen startet  
mit den Fragen der Berufsschüler“,  
erläutert Andreas Ziemer.

Die Lehrpläne des Religionsun-  
terrichts an Berufsschulen geben  
das auch her. Sie erlauben es, den  
Religionsunterricht schülerorientiert  
und berufsbezogen zu gestalten. So  
heißt es etwa im Lehrplan evange-  
lische Religion des Landes Hessen:  
„Ausgangspunkt aller didaktischen  
Überlegungen im BRU ist die Sub-  
jektorientierung. Damit rücken die  
privaten, beruflichen wie gesell-  
schaftlichen Lebenssituationen der  
Lernenden ins Zentrum.“

Auf dieser Grundlage könnten  
Unterrichtende in Berufsschulklas-  
sen mit Gastronomen etwa Bezüge  
zwischen ökonomischem Denken in  
der Gastwirtschaft und Gastfreund-  
schaft in der Bibel und im Koran  
herstellen. Berufliche Tätigkeiten,  
wie die Produktpräsentation auf der  
Speisekarte und Bedienung in der  
Gastwirtschaft, würden so mit tiefe-  
rer Bedeutung aufgeladen, erläutert  
Andreas Ziemer.

„Wir müssen genau auf die  
Berufsschulklasse gucken, was  
sind ihre Themen? Daher beteilige  
ich die Schülerinnen und Schüler  
bei der Auswahl der Themen“, so  
Religionslehrerin Kristina Augst.  
Ein guter Seismograf für spannende  
Themen sind laut Augst auch politi-  
sche Entwicklungen, beispielsweise  
die Flüchtlingsbewegung.

### Reflexiver Abstand zur eigenen Religion

Die Bewertung der Leistungen  
im BRU erfordert Finger-  
spitzengefühl. Texte und Bilder  
verstehen und auslegen können,

ist ein wichtiger Bestandteil der  
Bewertung. Auch die Transparenz  
des Maßstabs, nach dem Leistungen  
beurteilt werden, spielt eine Rolle.  
„Die Schüler müssen wissen, nach  
welchen Kriterien wir sie bewerten.  
Dabei geht es nicht nur um Ergeb-  
nisse, sondern auch um Prozesse“,  
sagt Andreas Ziemer. Selbstreflek-  
tion und kritisches Denken sind  
in vielfältigen Berufsschulklassen  
besonders gefragt.

„In einer demokratischen Gesell-  
schaft muss ich mit Abstand auf die  
eigene Religion blicken können“,  
sagt Kristina Augst. Während das  
für katholische und evangelische  
Christen aufgrund der Säkularisie-  
rung inzwischen selbstverständlich  
geworden sei, täten sich zahlrei-  
che Schülerinnen und Schüler  
muslimischen Bekenntnisses  
schwer mit kritischem Abstand  
zur eigenen Religion. „Im BRU  
können die Jugendlichen lernen,  
dass kritische Rückfragen  
nicht Unglaube bedeuten“, sagt  
Augst.

Wenn im Religionsunterricht  
zum Beispiel über die fremden-  
feindlichen Thesen von Sarrazin  
oder über Islamismus diskutiert  
wird, kann das anstrengend für  
Religionslehrkräfte werden.  
„Doch es lässt sich nur über  
den Dialog lösen“, sagt Kristina  
Augst. Das sei nie langweilig.  
Zum Schluss bleibe das Gefühl:  
„Es hat sich gelohnt.“ Und  
kaum ein Auszubildender würde  
am Ende seiner Berufsschulzeit  
sagen: „Religion hatten wir doch  
schon.“

*Autor: Arnd Zickgraf*

### Kompakt

Materiale Berufsbezüge im  
Religionsunterricht zei-  
gen unmittelbare Bezie-

hungen zu religiösen Symbolen auf.  
Sie ergänzen und vertiefen daher  
die Lerninhalte des klassischen  
Religionsunterrichts. Beispiel: Die  
Kranzrede oder feierliche Rede des  
Zimmerers, der beim Richtfest mit  
seinem Segen das Haus symbolisch  
vor Gefahren schützt und so erst zu  
einem Zuhause im übertragenden  
Sinne macht. Beim kategorialen  
Berufsbezug geht es um die beruf-  
lichen Aspekte, die Einfluss auf  
die persönliche Entwicklung und  
gesellschaftliche Sozialisation der  
Auszubildenden und auf ihre beruf-  
lichen Perspektiven nehmen.

**Aus: Klett-Themendienst Nr. 82  
(03/2018) Schule | Wissen | Bil-  
dung**



### Medientipp

Mit reli plus Berufliche Schulen  
liegt ein neues berufsbezoge-  
nes Religionsbuch vor, das Religion  
nicht abstrakt vermittelt, sondern  
die Berufs- und Lebenswelt der  
Schülerinnen und Schüler in den  
Mittelpunkt rückt.

ISBN: 978-3-12-007104-4

# SCHÜLER ALLER RELIGIONEN LERNEN GEMEINSAM

An der Theodor-Heuss-Schule in Offenbach gibt es seit zehn Jahren gemeinsamen Religionsunterricht. Debatten unter den Schülern mit unterschiedlichen Religionen sind erwünscht.

Von Fabian Scheuermann

Was haben Jesus, Mohammed und Habermas gemeinsam? Sie alle sind Bestandteil des Religions- und Ethikunterrichts der elften Klassen an der Theodor-Heuss-Schule (THS) auf dem Offenbacher Buchhügel. Katholische und evangelische Christen lernen hier gemeinsam mit schiitischen und sunnitischen Muslimen, Atheisten und Juden.

„Die Schüler kommen hier in einen grundsätzlichen Dialog miteinander – ohne dabei ihre Positionen aufzugeben“, erklärt die evangelische Pfarrerin Carolin Winter, die das Modellprojekt vor zehn Jahren ins Leben gerufen hat. Die 57-Jährige ist Teil eines vierköpfigen Teams aus christlichen Religions- und Ethik-Lehrkräften, die sich beim Unterricht der elften Klassen an dem beruflichen Gymnasium abwechseln und in engem Kontakt miteinander stehen. Damit auch die vielen Muslime an der THS dabei eine eigene Ansprechperson haben, hat eine der Ethiklehrkräfte einen Islam-Schwerpunkt.

Teil des Unterrichts ist auch das Judentum: Auch wenn nur sehr wenige jüdische Schüler die THS besuchen, arbeite man eng mit der Jüdischen Gemeinde in Offenbach zusammen, um einen Dialog auch mit dieser Religion zu ermöglichen, erzählt der katholische Religionslehrer des Teams, Burkhard Rosskoth:

„Es gibt mindestens einen Termin in der Synagoge pro Schuljahr.“

„Wir sehen Vielfalt nicht als Problem, sondern als Ressource, die wir fördern können“, sagt Pfarrerin Winter. Auf die Frage, ob es im gemeinsamen Unterricht nicht oft heiß hergehe, antwortet Rosskoth, Debatten seien erwünscht. Im Idealfall verlasse man dabei nämlich die Schülerrolle und berichte von eigenen Erlebnissen. Die Lehrkräfte böten einen „Rahmen“ und stellten sicher, dass eine „qualifizierte Auseinandersetzung“ geführt wird.



Der Vorteil: Halbwissen und Vorurteilen werde zum einen mit Fakten und Erklärungen begegnet, zum anderen aber auch mit den persönlichen Eindrücken der Mitschüler. Damit dieses „dialogische Lernen“ funktionieren kann, gibt es aber ein paar Regeln. Dazu zählt laut Winter, dass „kein Ranking“ der Weltanschauungen erlaubt sei und dass es einen „Safe Space“ gebe. Das heißt: „Wenn sich jemand persönlich öffnet, dann darf das nicht bewertet oder kommentiert werden.“

„Bundesweit einzigartig“

Noch immer gibt es kaum Schulen, die gemeinsamen Religions- und Ethikunterricht anbieten. Von einem „bundesweit einzigartigen

Modell“ an der THS spricht gar Carolin Winter. Auch funktioniere das Konzept, das viel Abstimmung brauche nur, weil die Lehrkräfte sich besonders engagierten, sagt der Schulleiter Horst Schad. Klar ist aber auch: Wenn etwa ein katholischer Schüler einen komplett eigenen Religionsunterricht einfordern würde, dann „müsste die Schule eine Lösung dafür finden“, so Schad.

Der Schulleiter hat sich für Offenbach als nächsten Arbeitsort entschieden, weil ihn das Multikulturelle reizt. Er glaubt, dass viele Konflikte nicht existieren würden,

wenn man überall so in den Dialog treten würde wie die Elftklässler auf dem Offenbacher Buchhügel. „Wenn Verständnis aufgebaut wird, nimmt das Konfliktpotenzial ab“, sagt Schad. Das bestätigt eine Schülerin, die in einer schulinternen Umfrage geschrieben hat: „Seit diesem Unterricht ist die Klasse enger zusammengewachsen und erzählt sich alles.“ Schad hofft, dass weitere Schulen den Schritt machen und einen solch übergreifenden Religionsunterricht anbieten.

Die 19-jährige Saira Butt würde es schon freuen, wenn es den Unterricht nach dem Motto „Verschiedenheit achten – Gemeinschaft stärken“ auch in Klasse 12 geben würde. Dort greift aber das Zentralabitur – und es wird wieder getrennt unterrichtet.

FR 25.05.2018

Mehr Informationen zu dem Modellunterricht an der Theodor-Heuss-Schule gibt es im Internet auf dem Blog [achten-undstaerken.wordpress.com](http://achten-undstaerken.wordpress.com).



# „Der Kapitalismus schlägt Frauen und Männer – aber Frauen mehr!“

Da war man sich schon 1971 ganz sicher: im „Hexenschuß“, der Berliner Berufsschulzeitung für Mädchen. Unter <https://tinyurl.com/Hexenschuss> kann dieses historische Dokument aus der Lehrlingsbewegung angeschaut werden.

BG Spandan

M a r z 1971

# Hexenschuß

Berufsschulzeitung für Mädchen

Soll auch von Jungen gelesen werden.

---

Früher wurden Hexen verbrannt, nur weil sie öfter mit Männern geschlafen haben. Oder sie waren so schön, daß sie eine Gefahr für die Ehefrauen waren. Oder sie benahmen sich einfach anders, sie haben nicht das gemacht, was die anderen Frauen machten. Sie ließen sich nicht so leicht unterbuttern!

Wir sind die neuen Hexen

Wir lassen uns nicht zu Hausmütterchen erziehen. Und wenn wir untergebuttert werden sollen, schießen wir zurück.

Mit dem Hexenschuß können die noch lange rumlaufen.

Unser B e s e n ist nicht dazu da, damit wir dem Mann die Stuben saubermachen. Wir kehren mit eisernen Besen.

Wir kehren das ganze Gerede von:

- Frauen sind dumm,
- Frauen hinter den Herd,
- Frauen verstehen nichts von Politik,

einfach zur Tür raus!  
Und wehe, wir werden aufgehalten:



## Hexenschuß

XX

**Kontaktadresse:**  
Barbara Samland, 1 Berlin 15  
Konstanzer Str.6, Tel: 887 16 35

XX

# neue Publikationen

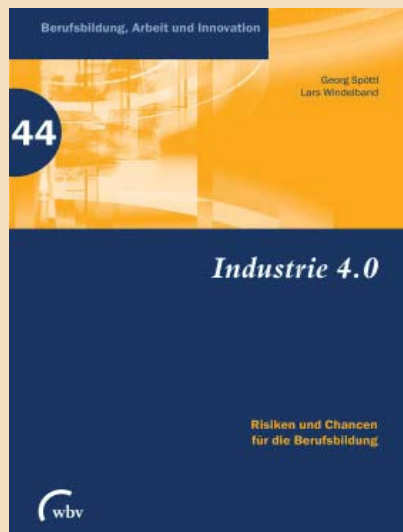
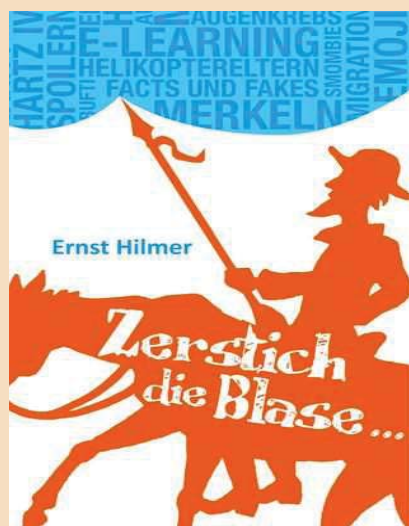
## Zerstich die Blase...

Schlagworte und Wortschlager  
ins Visier genommen

**Ernst Hilmer**

Ernst Hilmer nimmt in seinem Buch „Zerstich die Blase ...“ Schlagworte und Wortneuschöpfungen aus Politik, Wirtschaft, aber vor allem aus der Bildungspolitik ins Visier. Ob Wahlen, Migration, Hartz IV, E-Learning, gendgerechte Sprache oder Facts und Fakes: Kaum ein Bereich bleibt verschont von seiner Sprachkritik, kaum eine Sprachveränderung bleibt unentdeckt. In 25 Glossen führt er mit klugem Witz und Ironie durch politische Ereignisse, Reformansätze und gesellschaftliche Erscheinungen. Dabei versucht er, den Manipulationscharakter neuer Sprechweisen und Neuschöpfungen von Begriffen, die mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung einhergehen, aufzudecken.

**ISBN-13: 9783746086194**



## Industrie 4.0

Risiken und Chancen für die  
Berufsbildung

**Hrsg. G. Spöttl/L. Windelband**

Welche Anforderungen stellen die Konzepte von Industrie 4.0 an die Berufsbildung in Industrie und Handwerk?

Antworten auf diese Frage entwickeln Autor/innen aus Wissenschaft und Praxis der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Dabei geht es insbesondere darum, die gegenwärtige Diskussion zu „Industrie 4.0“ stärker auf die Beschäftigten und deren notwendige Qualifizierung zu beziehen. In den Beiträgen werden Erkenntnisse für Veränderungen in der Facharbeiterqualifizierung ebenso vorgestellt wie Handlungsempfehlungen, Ideen zur Gestaltung und Modelle zur Kompetenzentwicklung in der Industrie 4.0.

**ISBN 978-3-7639-5853-5**

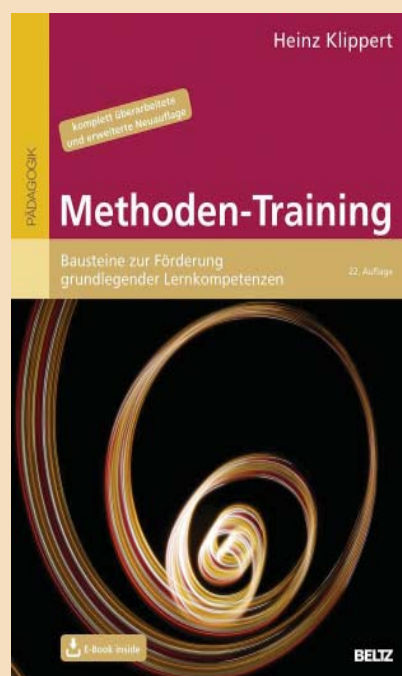
## Methoden-Training

Bausteine zur Förderung  
grundlegender Lernkompetenzen

**Heinz Klippert**

Die komplett überarbeitete und erweiterte Neuauflage bietet mehr als 100 erprobte Bausteine zum differenzierten Aufbau wichtiger Lernkompetenzen (lesen, markieren, recherchieren, visualisieren, strukturieren, memorieren, planvoll üben, stringent schreiben, Ordnung halten etc.). Damit dient das Buch sowohl der Förderung von Selbstständigkeit als auch der Effektivierung des inhaltlich-fachlichen Lernens. Dokumentiert werden bewährte Arbeitsmaterialien, Trainingsspiralen und Umsetzungshinweise für die Lehrkräfte.

**ISBN 978-3-407-63066-7**





# ÄNDERUNG DER „VO ÜBER DIE AUSBILDUNG UND PRÜFUNG AN DEN ZWEIJÄHRIGEN HÖHEREN BERUFSFACHSCHULEN (ASSISTENTENBERUFE)

**Die GEW Hessen nimmt zum Änderungsentwurf wie folgt Stellung:**

## Zu Bereinigung Fachrichtungen

Die GEW Hessen kritisiert die ersatzlose Streichung der Fachrichtungen „Hotellerie, Gastronomie und Fremdenverkehrswirtschaft“ und „Systemgastronomie“.

Die Landesregierung versucht hier anscheinend dem Drängen der Arbeitgeberverbände nachzukommen, ohne dies inhaltlich fundiert begründen zu können. In beiden Fachrichtungen gibt es weiterhin ein Interesse, das zwar gering, aber trotzdem vorhanden ist. Alleine schwindendes Interesse an einer Ausbildung reicht nicht aus, einen Bildungsgang nicht mehr anzubieten. Entscheidendere Argumente wären mangelnde Anschlussfähigkeiten im Berufsleben. Aber hierzu gibt es keine Aussage des Kultusministeriums.

Beim Wegfall von Bildungsangeboten ist die Landesregierung verpflichtet, entsprechenden Ersatz anzubieten. Der Verweis auf eine günstige Ausbildungsmarktsituation in den beiden Fachrichtungen trägt nicht, da die Situation regional unterschiedlich ist und die Qualität der dualen Ausbildung im Bereich Hotel und Gastronomie einiges zu wünschen übrig lässt. Deshalb fehlt der GEW Hessen auch eine Zusicherung der Landesregierung, welche realistischen Ersatzmöglichkeiten für die Assistenten/innenausbildung in den beiden Fachrichtungen den Jugend-

lichen in Zukunft vom Land Hessen angeboten werden.

## Zu Notenbildung im beruflichen Bereich

Seit der Änderung der Lehrpläne für den beruflichen Bereich zu Lernfeldern wurden die Fächer abgeschafft und durch den beruflichen Bereich ersetzt. Dieser ist wie ein Fach zu werten.

Die GEW Hessen kritisiert die Änderung der Benotung des beruf-

möglichen. Einen Verweis auf die Durchschnittsnote im Abschlusszeugnis der Berufsschule ist hier nicht angebracht, da es dabei um die Festlegung der Durchschnittsnote aller Fächer geht und nicht um einen einzigen Bereich.

## Zu Stellenzuweisung

Die GEW Hessen kritisiert massiv die Stellenzuweisung für die HBFS. Diese sieht vor, dass, wenn durch Nichtversetzung oder Abmeldung aufgrund von Übergängen in duale Ausbildung die Klassenmindestzahlen beim Übergang vom ersten ins zweite Jahr unterschritten werden, im zweiten Jahr keine Zuweisung erfolgt.

Die Schulen bleiben jedoch verpflichtet, für das zweite Jahr Unterricht anzubieten. Die Schulen können dies dann nur aus dem Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung



lichen Bereichs von ganzen Noten hin zu Dezimalnoten. Hierdurch wird das Primat der Arithmetik bei der Leistungsbewertung festgelegt.

Die GEW plädiert für die Beibehaltung des Primats der Pädagogik, wie es auch das Schulgesetz vorsieht. Während bisher bei knappen gewichteten arithmetischen Mittelwerten die Möglichkeit bestand, pädagogisch die Leistungsbewertung hin zu einer höheren oder niedrigeren Note zu begründen, ist dies jetzt im beruflichen Bereich nicht mehr

begleichen.

Eine weitere - sicher nicht gewollte - Möglichkeit wäre, die Unterschreitung der Klassenmindestzahl zu verhindern, indem Versetzungsentscheidungen dem Primat der Ökonomie folgen und Übergänge in duale Ausbildung nicht gefördert werden.

**Frankfurt/M, 07. Mai 2018**  
**Birgit Koch**  
**Vorsitzende GEW Hessen**



# POLITISCHE BILDUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN

**Kleine Anfrage der Abg. Degen und Frankenberger (SPD) vom 16.01.2018  
und Antwort des Kultusministers vom 19. 03. 2018 - DS 19/5842**

## Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

*Frage 1. An welchen Schulformen der beruflichen Schulen ist ein Lehrplan für das Fach „Politik und Wirtschaft“ vorhanden und in welcher Fassung liegt dieser jeweils vor? (Darstellung nach Schulformen der beruflichen Schulen sowie Jahrgang des Lehrplans)*

Für den Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ an Berufsschulen gibt es folgende curriculare Grundlagen:

- ◆ Stärkung der Demokratieerziehung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009),
- ◆ Elemente für den Unterricht der Berufsschule im Bereich Wirtschafts- und Sozialkunde gewerblich-technischer Ausbildungsberufe (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 30.05.2008),
- ◆ Rahmenlehrplan für die beruflichen Schulen des Landes Hessen: Berufsschule, Fach Wirtschaftskunde von 1991,
- ◆ Bildungspläne für die beruflichen Schulen im Lande Hessen, Gruppe: Berufsschulen, Heft 1/2, sozialkundlich-politischer Unterricht von 1965.

Diese übergeordneten Grundlagen, die Anknüpfungspunkte für die Abdeckung politischer, wirtschaftlicher bzw. wirtschaftspolitischer Themenstellungen bieten, finden auch in weiteren Schulformen der beruflichen Bildungsgänge Anwendung.

Neben den hier aufgeführten Bezugspunkten gibt es Lehrpläne, die für einzelne berufliche Schulformen gelten. Diese werden weiter unten,

jeweils in Bezug auf die einzelne Schulform, erläutert.

Auch wenn ein Bildungsplan von 1965 Grundlage eines aktuellen Unterrichts im Fach „Politik und Wirtschaft“ ist, wird ihm nach wie vor größter Respekt der Fachöffentlichkeit entgegengebracht. Beispielfürhaft sei hier die Zieldefinition des sozialkundlich-politischen Unterrichts zitiert:

„Der sozialkundlich-politische Unterricht muss die Voraussetzungen für politisch vernünftiges Handeln schaffen; Vernunft ist hierbei nicht nur sachrational, sondern auch wertrational gemeint.“ Es heißt dort weiter, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrer Kompetenzentwicklung dazu befähigt werden,

1. „sich über wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fragen zu informieren und sich Kenntnisse zu verschaffen, um Vorurteile abzubauen und Sachurteile ohne Wertbezogenheit zu bilden;
2. zum Verständnis des Politischen und zur Einsicht in das Wesen der Demokratie und ihren Wert für Freiheit, Recht und Menschenwürde zu gelangen;
3. nach vernunftbestimmter Entscheidung für die Demokratie als freiheitlicher Lebens- und Herrschaftsform politisch zu handeln. Diese Entscheidung beruht auf Einsichten, die Demokratie möglich machen.“

Diese Bildungsziele sind nach Auffassung der Hessischen Landesregierung prägnant und zielgerichtet formuliert und haben nach wie vor Gültigkeit. Die Hinführung von

Schülerinnen und Schülern zu politischem Verantwortungsbewusstsein und die sich daraus entwickelnde Erkenntnis, dass freiheitliche Demokratie nicht nur passiv konsumiert, sondern von jedem Einzelnen mitgetragen und gelebt werden muss, ist seit jeher eine der Hauptherausforderungen für den sozialkundlich-politischen Unterricht.

Der o.g. Bildungsplan gibt universelle, über die tagesaktuellen Begebenheiten hinausgehende Denkanreize zu den Ansprüchen, die im System einer freiheitlichen Demokratie an jeden einzelnen Bürger und an jede einzelne Bürgerin gestellt werden. Er fordert darüber hinaus die Nutzerinnen und Nutzer des Curriculums auf, eine aktive Grundhaltung einzunehmen.

Aktualität besitzt und behält der Lehrplan dadurch, dass es Aufgabe der jeweiligen Schule ist, ein erweitertes schul- bzw. schulformbezogenes Curriculum zu erstellen, mit dem aktuelle Schwerpunkte gebildet und relevante Themen ausgewählt, erweitert oder vertieft werden können. Diese schulbezogene Gestaltung des Lehrplans eröffnet darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten der Differenzierung sowie der Anpassung an die jeweiligen Notwendigkeiten der einzelnen Schulform.

Zu den einzelnen Schulformen können die folgenden, ergänzenden Aussagen getroffen werden: In den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung ist „Politik und Wirtschaft“ Unterrichtsfach. Grundlage für den Unterricht ist der entsprechende Lehrplan (2010).

In der zweijährigen Berufsfachschule ist „Politik und Wirtschaft“ ebenfalls Unterrichtsfach. Der erfolgreiche Abschluss dieses Bildungsganges kann als erstes Jahr einer entsprechenden Berufsausbildung anerkannt werden. Für den Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ gilt deshalb der o.g. Bildungsplan in Verbindung mit dem KMK-Orientierungsrahmen zur Demokratieerziehung (2009); die zu vermittelnden Inhalte werden über schulbezogene Curricula aktualisiert.

In der einjährigen höheren Berufsfachschule gelten für das Fach „Politik und Wirtschaft“ die gleichen Voraussetzungen wie in der zweijährigen Berufsfachschule.

Im Rahmen des Schulversuchs „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)“ wird das Fach „Politik und Wirtschaft“ verbindlich angeboten; hier gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die zweijährige Berufsfachschule und die einjährige höhere Berufsfachschule. Hinzu kommt in diesem Schulversuch die Berücksichtigung des Lehrplans für die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (2010).

In der zweijährigen höheren Berufsfachschule ist in allen Fachrichtungen „Politik und Wirtschaft“ Unterrichtsfach; Grundlage für den Unterricht sind grundsätzlich die jeweils gültigen Lehrpläne. In dieser Schulform wird auf den o.g. Bildungsplan zurückgegriffen (1965).

Auch in der zweijährigen höheren Berufsfachschule für Sozialassistenten ist „Politik und Wirtschaft“ Unterrichtsfach. Bezugspunkt für den Unterricht ist der Lehrplan (2008); die Grundlage für den Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ ist der entsprechende Lehrplan der höheren Berufsfachschule. Somit wird auch hier Bezug auf den o.g. Bildungsplan (1965) genommen.

„Politik und Wirtschaft“ ist verbindliches Unterrichtsfach in der Fachoberschule (Form A und Form B). Für den Schwerpunkt „Wirtschaft und Verwaltung“ und dabei insbesondere in der Fachrichtung Wirtschaft existiert ein umfassender Lehrplan (2006), der u.a. auf den o.g. Bildungsplan zurückgreift.

Das Fach „Politik und Wirtschaft“ nimmt im Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe und damit auch im Beruflichen Gymnasium eine besondere Stellung ein. Die Kerncurricula der gymnasialen Oberstufe (KCGO) sind zum Schuljahresbeginn 2016/17 in Kraft getreten. Für das Fach „Politik und Wirtschaft“ ist das Kerncurriculum seither im Beruflichen Gymnasium Grundlage des Oberstufenunterrichts.

Die Verordnung zum Lehrplan für die Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik (2004) ist mit dem 31. Dezember 2017 ausgelaufen. Das in diesem nunmehr ungültigen Lehrplan angebotene Unterrichtsfach „Soziologie/Politik“ entfällt mit der aktuellen Änderungsverordnung vom 11. Januar 2018; die Inhalte wurden in die einzelnen Aufgabenfelder überführt, insbesondere in das Aufgabenfeld 1 „Berufliche Identität und professionelle Perspektiven weiter entwickeln“, Bildungsbereich „Demokratie und Politik“. Diese Änderungen sind in dem neuen Lehrplanentwurf dieses Bildungsganges berücksichtigt, der in Kürze in Kraft gesetzt wird.

In der Fachrichtung Heilerziehungspflege ergibt sich mit der vorliegenden Änderungsfassung der Verordnung eine entsprechende

Umstrukturierung wie in der Fachrichtung Sozialpädagogik.

Noch gilt als Grundlage für den Unterricht der entsprechende Lehrplan (2008). Der Lehrplanentwurf, der die Änderungen umsetzt, ist derzeit in Bearbeitung.

In der Fachrichtung Heilpädagogik gibt es kein Unterrichtsfach „Politik und Wirtschaft“.

Für die zweijährigen Fachschulen

Berufliche Schulformen	Voll-/Teilzeit (VZ/TZ)	Wochenstunden
Berufsschule	TZ	1
Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form (i. V. m. Verordnung Berufsschule)	VZ TZ	1 1
Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung	VZ TZ	1 0,5
Zweijährige Berufsfachschule	VZ	1,5
Einjährige höhere Berufsfachschule	VZ	2
Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (Schulversuch ab 01.08.2017)	VZ	1
Zweijährige höhere Berufsfachschule	VZ	1
Mehrjährige Berufsfachschule mit Berufsabschluss	VZ	1
Fachoberschule	TZ	1
- 1. Abschnitt Form A	VZ	2
- 2. Abschnitt Form A / Form B		
Berufliches Gymnasium	VZ	2
- Einführungsphase	VZ	2 oder 3
- Qualifikationsphase		(vgl. § 19 OAVO)
Einjährige Fachschule	VZ/TZ	1
Zweijährige Fachschule	VZ/TZ	2

in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik und Gestaltung liegt ein Lehrplan für das Fach Politik, Wirtschaft, Recht und Umwelt in der Fassung vom 29.08.2011 vor. Für die einjährigen Fachschulen gibt es keinen eigenen Lehrplan.

**Frage 2. Wie viele Wochenstunden im Fach „Politik und Wirtschaft“ sind für die jeweilige Schulform der beruflichen Schulen jeweils vorgesehen?**

Die Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl der jeweiligen Wochenstunden im Fach „Politik und Wirtschaft“ in den beruflichen Voll- und Teilzeitschulformen:

**Frage 3. Wie viel % des Unterrichts im Fach „Politik und Wirtschaft“ wird an beruflichen Schulen von Lehrkräften erteilt, die für das Unterrichtsfach in allen Phasen der Lehramtsausbildung qualifiziert wurden? (Angaben zum aktuellsten möglichen Zeitpunkt)**

Das Fach „Politik und Wirtschaft“ wird im Schuljahr 2017/2018 an öffentlichen beruflichen Schulen zu 52,2 % von Lehrkräften erteilt, die über eine entsprechende Lehrbefähigung verfügen. Zu den weiteren im Fach eingesetzten Lehrkräften gehören Lehrkräfte mit Lehrbefähigung für ein anderes Fach, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die in der zweiten Phase der Lehramtsausbildung noch qualifiziert werden, oder Personen mit Unterrichtserlaubnis. Möglich ist beispielsweise der Einsatz von Lehrkräften, die Politik und Wirtschaft studiert, aber keinen Vorbereitungsdienst oder keinen Vorbereitungsdienst mit diesem Fach absolviert haben. Lehrkräfte ohne Fakultas „Politik und Wirtschaft“ werden durch die kontinuierliche Mitarbeit an der Weiterentwicklung des schulbezogenen Curriculums für das Fach „Politik und Wirtschaft“ im Sinne schulinterner Fortbildungen

gemeinsam mit den Lehrkräften, die die Lehrbefähigung haben, insoweit qualifiziert, als sie inhaltlich und didaktisch-methodisch auf die jeweilige Umsetzung der curricularen Inhalte für den Unterricht vorbereitet werden.

**Frage 4. Wie wird sichergestellt, dass der Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ an den beruflichen Schulen jenseits des beruflichen Gymnasiums systematisch auf dem entsprechenden Unterricht der allgemeinbildenden Schulen aufbaut?**

Durch den Übergang aus den unterschiedlichsten allgemeinbildenden Schulformen in das berufliche Bildungssystem kann ein nahtloser inhaltlicher Aufbau auf die Unterrichtsinhalte der vorher besuchten Schule im Regelfall kaum erfolgen.

Eine inhaltliche Passung des Unterrichts im Fach „Politik und Wirtschaft“ der beruflichen Schulformen ist insbesondere aus zwei Gründen nicht realisierbar: aufgrund der Vielfalt der vorher besuchten Schulen und des Eintritts in das berufliche Schulwesen mit den unterschiedlichsten Bildungsbiografien. Nicht zuletzt deshalb sind die Curricula des beruflichen Bildungssystems offen formuliert und müssen Chancen für Differenzierungsangebote enthalten.

**Frage 5. Wie wird sichergestellt, dass der Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ an den beruflichen Schulen systematisch innerhalb der Schulformen der beruflichen Schulen aufeinander aufbaut?**

Da es keinen vorgeschriebenen einheitlichen Weg von Schülerinnen und Schülern durch das berufliche Bildungssystem gibt, ist die Idealvorstellung von konsequent aufeinander aufbauenden Curricula kaum

realisierbar. Allenfalls kann dies in den beruflichen Schulformen - nicht nur für das Fach „Politik und Wirtschaft“ - mit der Entwicklung und Fortschreibung schul(form)bezogener Curricula durch Fach- und Schulformkonferenzen sichergestellt werden.

Das Unterrichtsangebot in den Fachschulen für Wirtschaft, Technik und Gestaltung stellt eine Form der schulischen Weiterbildung dar und baut in den verschiedenen Fachrichtungen und Schwerpunkten auf einer beruflichen Ausbildung auf. Die Inhalte des Bereichs Politik und Wirtschaft sind mit denen der beruflichen Schulformen abgestimmt, in denen eine Berufsausbildung absolviert wird.

**Frage 6. Welche Fortbildungsangebote bestanden in den vergangenen zwei Schuljahren und bestehen im laufenden Schuljahr für Lehrkräfte, die „Politik und Wirtschaft“ an beruflichen Schulen erteilen?**

In den beiden Schuljahren 2015/2016 und 2016/2017 gab es bei der Hessischen Lehrkräfteakademie 127 akkreditierte Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte mit dem Unterrichtsfach „Politik und Wirtschaft“ an beruflichen Schulen. Sechs dieser Veranstaltungen sind mangels Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgefallen. Zwei Veranstaltungen fielen zunächst mangels Referentin bzw. Referenten aus, wurden jedoch zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt.

Zum Stichtag 2. Februar 2018 sind für das laufende Schuljahr 45 Fortbildungsveranstaltungen für die o.g. Lehrkräfte akkreditiert, von denen 41 Veranstaltungen zum genannten Stichtag bereits stattgefunden haben; weitere vier Fortbildungsangebote sind angemeldet.



**Frage 7. Welche Evaluation zum Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ sowie zur fächerübergreifenden politischen Bildung an beruflichen Schulen liegt der Landesregierung vor?**

Ein grundsätzlicher Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung des Unterrichts im Fach „Politik und Wirtschaft“ liegt mit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 „Stärkung der Demokratieerziehung“ vor. Daraus abgeleitet hat es in Hessen zahlreiche Fachfortbildungen über alle Schulformen hinweg gegeben, insbesondere auch mit der Zielsetzung der entsprechenden Aktualisierung schulinterner Curricula.

Mit der Veröffentlichung von Anja B., Lehrstuhl für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden, zum Thema „Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen“ (2014) liegt der Hessischen Landesregierung

eine umfangreiche Evaluation zum Unterricht im Fach „Politik und Wirtschaft“ vor, die über Hessen hinausgeht (<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/195348/monitor-politische-bildung-an-beruflichen-schulen>). Auch aus diesen Ergebnissen sind insbesondere für die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern in beruflichen Schulen entsprechende Angebote entstanden und umgesetzt worden.

Nicht zuletzt hat die Hessische Landesregierung die Untersuchung von M. Gökbudak und R. Hedtke von der Universität Bielefeld „Ranking Politische Bildung“ (2017) zur Kenntnis genommen (<https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2917005>). Diese Untersuchung hat den Fokus auf die Sekundarstufe I gelegt und insbesondere die Lernzeiten für politische Bildung in allen Bundesländern verglichen. Dabei gehört Hessen - neben Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen - zu der Spitzengrup-

pe. Die hessischen Schülerinnen und Schüler haben danach beste Möglichkeiten, sich intensiv mit den Grundlagen politischer Bildung auch für die weiterführenden Schulformen, einschließlich der beruflichen Schulen, zu qualifizieren.

Hessenspezifische Evaluationen zu den in der Fragestellung genannten Aspekten liegen derzeit nicht vor.

**Frage 8. Zu welchen Erkenntnissen hinsichtlich der vorausgestellten Fragen kamen die früheren Schulinspektionen?**

Der hessische Referenzrahmen für Schulqualität sieht keine fächerbezogenen Auswertungen vor; deshalb liegen aus den früheren Schulinspektionen keine Erkenntnisse zu den genannten Fragestellungen vor.

**Wiesbaden, 8. März 2018**  
**Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz**

**KULTUSMINISTER ZUR POLITISCHEN BILDUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN  
KEINE EVALUATIONEN, KEINE ERKENNTNISSE, EIN PURES NICHTS!**

Es scheint nicht nur so, es ist auch so. Die politische Bildung an den beruflichen Schulen ist auf den Hund gekommen. Das bestätigt eher unfreiwillig auch Kultusminister Lorz in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage (DS 19/5842 vom 19. März 2018) der SPD-Abgeordneten Degen und Frankenberger. Eher unfreiwillig wohl deshalb, weil ein kluger Mensch wie Lorz kaum derart umfänglich Vorgestriges und allseits Bekanntes, faktisch Nichtssagendes, Lückenhaftes und schlicht Irrelevantes für das Fach *Politik und Wirtschaft* sagen dürfte.

Die Antwort, sehr wahrscheinlich in einer Bürostube im Hessischen Kultusministerium fabriziert, darf getrost als Chuzpe gegenüber den Fragen stellenden Landtagsabgeordneten bezeichnet werden. Dazu gleich mehr. Vorab noch der Hinweis auf den Beitrag „Wozu noch Politikunterricht an Berufsschulen?“ Vor mehr als drei Jahren setzte der Verfasser sich mit den Plänen, den Inhalten, dem Unterricht, der Lehrkräfteaus- und -fortbildung umfassend analytisch – auch mit konkreten Vorschlägen zur grundlegenden Verbesserung

der desolaten Situation – auseinander (iNSIDER Nr. 04/2014). Was hat das Ministerium seitdem getan? Eigentlich nichts. Und die GEW? Dasselbe.(x)

**2018 – 1965 – 1912**

Der Bildungsplan *sozialkundlich-politischer Unterricht* von 1965 (!) ist Grundlage des aktuellen Unterrichts im Fach *Politik und Wirtschaft* in mehreren Schulformen der beruflichen Bildungsgänge. Das Ministerium

(x) **Widerspruch:** wir haben in mehreren Ausgaben des *insiders* das Elend des Politischen Unterrichts in Hessen ausführlich beschrieben (vgl. *insider* Nr. 4/2012; 1/2013 und 3/2013), an Landtagsanfragen mitgewirkt und Gespräche hierzu im Kultusministe-

rium geführt, diese allerdings ohne Erfolg. Auch die *HLZ* widmete der Politischen Bildung im Heft 3/März 2017 das Titelthema. Alle Nummern des *insider* und auch die *HLZ* können unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) aufgerufen werden. (DS)

preist ihn, weil ihm „nach wie vor größter Respekt der Fachöffentlichkeit entgegengebracht“ wird (Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage). Offensichtlich zu viel verlangt, diese Behauptung auch zu belegen. Offensichtlich auch, dass in diesen mehr als 50 Jahren bei den Zuständigen im Ministerium politisch und didaktisch die Welt erkennbar stehen geblieben ist. Hätten diese 2018er-Beamten auch im Jahr 1965 auf den „geschichtlich-geographischen Unterrichtsplan“ im Königreich Preußen, in welchem die hessischen Provinzen einverleibt waren, verwiesen? Auf das Jahr 1912 mit dem preußischen Kultusminister *August von Trott zu Solz*? Wohl kaum, ein gefundenes Fressen für den Satiriker *Dietmar*

Selbst diese beschämenden 52,2 % existieren inhaltlich-substanziell nicht. Warum? Nur wenige dieser Lehrkräfte haben dieses Fach auch studiert. Hingegen werden seit Jahrzehnten die meisten im Referendariat verpflichtet, in diesem Fach mangels eines studierten zweiten Fachs – wie Deutsch, Englisch oder Mathematik – ohne fachliches Grundwissen ausgebildet zu werden. In der modularisierten 21-monatigen pädagogischen Ausbildung beträgt der theoretische Anteil faktisch etwa 45 Zeitstunden. 45 Stunden, eher weniger, genügen demnach in Hessen, um mit der Lehrbefähigung für *Politik und Wirtschaft* bis zur Pensionierung zu unterrichten. Wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, dann dürften bestenfalls 20 % dieser Lehr-

kräfte aufgrund eines Studiums qualifiziert ausgebildet sein. Die Antwort zur Frage 3 ist zudem im Reich der Märchen zu suchen. Da wird von „kontinuierlicher Mitarbeit an der Weiterentwicklung des schulbezogenen Curriculums ... im Sinne schulinterner Fortbildungen“ fabuliert, wohlwissend dass die Realität eher das Gegenteil ist. Es muss gefragt werden, ob die Verfasser dieser Aussagen flächendeckend solche Fortbildungen kennen oder je daran teilgenommen haben,

ob sie selbst überhaupt über die Lehrbefähigung in diesem Fach verfügen.

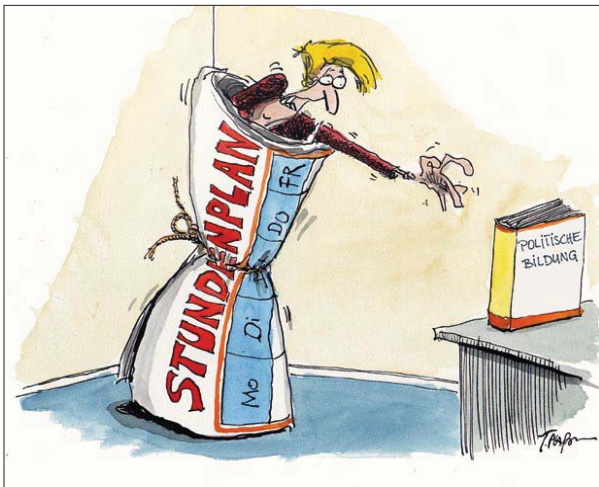
Im Gegensatz zu diesen ziemlich euphemistischen Aussagen „beruhigt“ das Eingestehen (Antwort zu Frage 4), dass es im Prinzip keinen nahtlosen Übergang der Unterrichtsinhalte von den allgemeinbildenden zu den berufsbildenden Schulformen gibt. Diese Nullstellung, ein Armutszeugnis. Der ministerielle Ausweg: offen formulierte Curricula. Persilschein für jede Lehrkraft das zu unterrichten, was sie für richtig hält. Niemand darf sich dann

auch beklagen, dass politisches Kraut-und-Rüben-Wissen in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler eingepflanzt wird. Laissez-faire in Vollendung.

### Politisches Nirwana

Nur Spezialisten und Hochmotivierte in Sachen politischer Bildung dürften sich die Mühe machen, sich den angegebenen Quellen zu nähern (Antwort zu Frage 7). Für normale Lehrkräfte eher eine Zumutung, womit sich die Frage stellt, welche konkreten Schlüsse die einzelne berufliche Schule daraus ziehen kann. In ihrem Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen gibt die zitierte Autorin *Anja Besand*, mit Professur für Didaktik der politischen Bildung an der TU Dresden, einen strukturierten Überblick über die Situation der politischen Bildung an beruflichen Schulen in sieben Bundesländern, darunter auch Hessen. Wertvoll der umfassende Überblick, die Komplexität. Alle bekannten Probleme von den unzureichenden (lediglich neun) Professuren in Deutschland, über die geringe Wochenstundenzahl, fachlich schlecht oder nicht qualifizierte Lehrkräfte oder die Beliebigkeit der Unterrichtsinhalte bis zur geringen Anerkennung dieses Faches werden thematisiert. Wer YouTube zugeneigt ist, kann sich den 52-minütigen WebTalk über politische Bildung in Berufsschulen anschauen. Erkenntnis: nichts Neues. Und so stellt sich die Frage, was das Ministerium uns erstens mit dieser Quelle sagen will und zweitens, welche Konsequenzen es aufgrund der Evaluation daraus zieht.

Die zweite Evaluation von *Mahir Gökbudak* und *Reinhold Hedtke* ist, bezogen auf Fragestellung und berufliche Schulen, vollkommen unbrauchbar. Die Untersuchung bezieht sich auf die



*Wischmeyer*, bekannt durch seine Auftritte in der ZDF heute-show mit Zitaten aus seinem Logbuch der Bekloppten und Bescheuerten.

### Euphemistische Antworten

Lediglich 52,2 % der Lehrkräfte, die Unterricht im Fach *Politik und Wirtschaft* an öffentlichen beruflichen Schulen erteilen, verfügen über eine entsprechende Lehrbefähigung (Antwort zu Frage 3). An Gymnasien würde dieser fachlich unhaltbare Zustand einen öffentlichen Aufschrei hervorrufen. Keine Reaktion dagegen an beruflichen Schulen.

Lernzeiten für politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I. Hier liegt Hessen im bundesweiten Vergleich in der Spitzengruppe. Daraus folgert das Ministerium, dass aufgrund der Lernzeiten die Schülerinnen und Schüler beste (!) Möglichkeiten haben, sich intensiv mit den Grundlagen der politischen Bildung auch an beruflichen Schulen zu qualifizieren. Zuvor (Antwort zu Frage 4) konstatiert es noch, dass kein nahtloser inhaltlicher Aufbau beim Übergang von den allgemeinbildenden in die berufsbildenden Schulen erfolgt. Vor allem jedoch: Eine inhaltliche Passung des Unterrichts in diesem Fach sei nicht realisierbar. Diese vollkommen widersprüchliche Argumentation überstrapaziert jedes normale und gut entwickelte Gehirn. Die Frage muss gestellt werden, welche Prozesse sich in den kultusministeriellen Köpfen bei der Formulierung dieser Textpassagen abgespielt haben, um es zu wagen, derartiges öffentlich zu präsentieren.

### Defizite im Politikverständnis

Vielen jungen Menschen ist das Politische wichtig, aber nur wenige engagieren sich dauerhaft in Parteien. Das beeinflusst die Demokratie und stellt die politische Bildung vor neue Herausforderungen. In einem Beitrag zur neuen Ausgabe der Zeitschrift „DJI-Impulse“ des Deutschen Jugendinstituts beschreibt Martina Gille das schwierige Verhältnis von Jugend und Politik. Volker Reinhardt nennt seinen Artikel „Schule im postfaktischen Zeitalter - Rechtspopulismus und Digitalisierung stellen Lehrkräfte vor komplexe Aufgaben. Wie sich politische Bildung in allen Unterrichtsfächern umsetzen lässt.“

[DJI-Impulse 1/2018: „Demokratie lernen“ \(PDF\)](#)

### Themen! – Inhalte! – Verbindlichkeit!

Antisemitismus, Demokratiebildung, Digitalisierung, Europa, Inklusion/Integration, Islamisierung, Konflikte, Kriege, Nazi-Terror, Radikalisierung, Terrorismus, Vermögensverteilung (national und international) – Themen, die die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend bestimmen werden. Soll die Entscheidung der einzelnen Lehrkraft überlassen werden, ob sie diese Themen in ihrem Unterrichtsangebot auch zur Verfügung stellt? Das wäre höchst problematisch. Schließlich: Soll es auch der individuellen Entscheidung einer einzelnen Lehrkraft überlassen werden, ob die Grundzüge unseres politischen, sozialen und Rechtssystems überhaupt Thema des politischen Unterrichts werden? Das seitens des Kultusministeriums schweigend akzeptierte Laissez-faire im politischen Unterricht dürfte wahrscheinlich auch zum derzeitigen inhaltlichen Desaster beigetragen haben, prozessual eingeleitet durch das Nichtstun seit zwei Jahrzehnten. Das Ergebnis einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *pollytix* im März/April 2018 zur Funktion der Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl bestätigt darüber hinaus für Deutschland ein ziemlich lückenhaftes politisches Bildungswissen. Lediglich 28 % der Befragten konnten Erst- und Zweitstimmen korrekt zuordnen. Dem sogenannten Institutionenwissen muss folglich wieder Beachtung zu teil werden.

Der inhaltliche Wildwuchs hat auf der Gegenseite sein Pendant im Begriffswirrwarr des Fachs. Die Kultusministerkonferenz (KMK) 1950 empfahl zwar in ihrem ersten Beschluss zur politischen Bildung den Ländern ein entsprechendes Fach einzurichten. Gleichwohl wurde die Benennung und Ausgestal-

tung („Beliebigkeit“) ihnen aber freigestellt. So heißt die politische Bildung als Unterrichtsfach in den Bundesländern Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Weltkunde oder Politik und Wirtschaft, wobei hier in Hessen Wirtschaft als Politik verstanden wird. Wahrscheinlich ist es auch so, dass Wirtschaft mittlerweile Politik ist und sie bestimmt, umgekehrt eher selten.

Viel wäre schon erreicht, würde man beispielsweise in dem dringenden erforderlichen neuen Lehrplan, der *politischer Unterricht* heißen könnte, verbindliche Inhalte (Pflichtthemen), wie die eingangs Erwähnten, festlegen. Umfang: ein Drittel. Einem zweiten Drittel blieben aktuelle politische Themen vorbehalten, die im Einzelfall auch den bereits genannten Pflichtthemen zugeordnet werden können. Die Themen des letzten Drittels resultieren aus konkreten, spezifischen Situationen aufgrund von Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler. Auch hier sind Parallelen und Überschneidungen mit den Pflichtthemen denkbar.

Erfahrungsgemäß wird in der nächsten Legislaturperiode die Lehrplanrevision erneut ausgesessen, frei nach dem Motto: The same procedure as in every legislative period.

*Joachim Euler, ehemaliger Ausbilder in Politik und Leiter eines Studientrainingseminars für berufliche Schulen*





Wenn es ein gesamtgesellschaftliches Ziel ist, Digitalisierung bewusster und sinnvoller in der menschlichen Lebenswelt zu verankern, dann kann sich Schule nicht davor verschließen. Vielmehr muss Schule hierzu sowohl einen reaktiven als auch einen proaktiven Beitrag leisten. Und wenn Digitalisierung in die Schulen kommen soll, dann braucht es kompetente Lehrpersonen. Dementsprechend stellt sich auch für die Lehrerbildung selbst die Frage nach einer Digitalisierung.

## KOMMENTAR: DIGITALISIERUNG UND LEHRERBILDUNG

### Was ist das Ziel einer Digitalisierung von Schule?

**G**eht man von einem humanistischen Bildungsverständnis aus, wonach sich Bildung darin zeigt, was ich aus meinem Leben gemacht habe, und nicht darin, was man aus mir gemacht hat, so kann Bildung mit einem erfüllten Leben umschrieben werden. Sicherlich hilft Digitalisierung in vielfacher Hinsicht, mehr Lebensfreude zu erhalten. Aber es gibt auch Schattenseiten, für die exemplarisch das Stichwort „Smartphone-Sucht“ genannt werden kann. Neil Postman hat diese Einflüsse von Technik bereits in den 1980er Jahren so formuliert: Wer annimmt, Digitalisierung „sei stets ein Freund der Kultur, der ist zu dieser vorgerückten Stunde nichts als töricht.“ Kurzum: Menschen, insbesondere Kinder und Ju-

gendliche, müssen nicht nur lernen, wie Technik funktioniert. Sie müssen vor allem auch lernen, wann es sich lohnt, diese einzuschalten und wann es besser ist, diese auszuschalten. Eine umfassende Medienbildung muss das Ziel von Schule sein. Sie fragt nach dem Sinn und Nutzen von Technik und umfasst die Bereiche der Medienkunde, der Mediennutzung, der Mediengestaltung und der Medienkritik.

### Welche Expertise braucht die zukünftige Lehrergeneration, um Digitalisierung in Schulen umzusetzen?

**D**amit Lehrpersonen eine umfassende Medienbildung in der Schule umsetzen können, bedürfen sie einer gewissen Expertise, die nicht nur auf Kompetenzen beruht, sondern in besonderer Weise auch

Haltungen erfordert: Wissen und Können alleine reicht nicht aus, um eine erfolgreiche Lehrperson zu sein. Dafür notwendig sind ein Wollen und ein Wertes, das immer vom Lernenden ausgeht und zum Lernenden hinführt. Anfang und Ende pädagogischer Entscheidungen ist folglich immer der Mensch mit seinen Grenzen und Möglichkeiten. Kompetenz und Haltung definieren Expertise. Im Kontext einer Digitalisierung von Schule bedeutet dies: Pädagogik vor Technik. Irrtümlich glauben beispielsweise viele, dass Digitalisierung dazu dient,

Lernen einfach zu machen. Lernen ist aber nichts einfaches, sondern erfordert Anstrengung und Einsatz. Demzufolge muss Lehrpersonen von Anfang an deutlich gemacht werden, dass ihre Aufgabe im Allgemeinen und im Kontext der Digitalisierung darin besteht, Lernen möglichst herausfordernd zu machen. Lehrpersonen müssen folglich ein Bewusstsein für ihre gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben, den Unterschied zwischen Lernen und Bildung kennen, neben einem hohen Maß an Fachkompetenz auch pädagogische Kompetenz und didaktische Kompetenz vorweisen sowie entsprechende Haltungen mitbringen.

### Welche Lehrerbildung ist dafür notwendig?

**Ä**hnlich wie in der Schule muss auch Lehrerbildung zwei Perspektiven im Kontext einer Digitalisierung unterscheiden: die Perspektive des Unterrichts und die Perspektive der Bildung. Dabei fokussiert die Perspektive des Unterrichts darauf, wie Digitalisierung bewusst und sinnvoll in der Lehrerbildung eingesetzt werden kann, um das Lernen von angehenden Lehrpersonen in Vorlesungen und Seminaren zu unterstützen. Mittlerweile liegt hierzu eine Reihe von empirischen Ergebnissen vor, die deutlich machen, dass in der Lehrerbildung eine evidenzbasierte



Didaktik wichtig ist. Diese erfordert von den Verantwortlichen ebenso Kompetenz und Haltung wie von Lehrpersonen in den Schulen. Demgegenüber stellt die Perspektive der Bildung ins Zentrum, welche digitalen Kompetenzen und Haltungen angehende Lehrpersonen selbst brauchen, um den ihnen übertragenen Bildungs- und Erziehungsauftrag eines Tages selbst umsetzen zu können. Dabei gilt für sie, was bereits für Schülerinnen und Schüler gesagt wurde: Es besteht die Aufgabe in der Lehrerbildung, den angehenden Lehrpersonen eine umfassende Medienbildung zuteil werden zu

lassen. Auch sie müssen für sich immer wieder und ein Leben lang reflektieren, wo der Mehrwert einer Digitalisierung ist, wo sich Chancen eröffnen und wo sich Risiken ergeben – gerade auch und vor allem in Bildung und Erziehung. Somit sind Medienkunde, Mediennutzung, Mediengestaltung und Medienkritik ebenso Bestandteile einer zukunftsfähigen Lehrerbildung.

Lehrerbildung zählt für so manchen Erziehungswissenschaftler zu den notleidendsten pädagogischen Einrichtungen. Die nachweisbaren Effekte sind bis heute gering, vieles steckt in den Kinderschuhen. Aus

meiner Sicht eröffnet die Debatte über eine Digitalisierung im Bildungsbereich Chancen – nämlich genau hinzuschauen, was bereits gut läuft und wo noch Potenzial besteht, Bewährtes auf den Prüfstand zu stellen und Veränderungen zu wagen. Insofern wird auch hier der Grundsatz gelten müssen: Pädagogik vor Technik. Denn letztlich ist es der Mensch, so schreibt Johann Wolfgang von Goethe, „der jede Technik lebendig macht.“

*Prof. Dr. Klaus Zierer ist Professor für Schulpädagogik an der Universität Augsburg und forscht zu den Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung im Bildungsbereich.*

## GEW FORDERT RECHT AUF AUSBILDUNG UND VERBESSERUNGEN BEIM BERUFSBILDUNGSBERICHT

PM 18.04.2018

**Mehr Studierende, mehr Auszubildende, weniger Ausbildungsplätze: Es muss gehandelt werden**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bekräftigt mit Blick auf den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung ihre Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie. „Mehr als 2,1 Millionen junge Erwachsene hatten nach Angaben des Berufsbildungsberichts im vergangenen Jahr keinen Berufsabschluss, Tendenz steigend. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal ersten Ranges“, sagte Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für berufliche Schulen und Weiterbildung.

Laut Bericht sei zwar die Zahl der Ausbildungsverträge im dualen System erstmals seit 2011 leicht gestiegen und liege bei gut 490.000. Demgegenüber stehe jedoch eine Abbrecherquote von über 25 Prozent; in einigen Berufen liege diese sogar bei 50 und mehr

Prozent. Zudem sei der Anteil der Betriebe, die ausbilden, erstmals unter 20 Prozent gesunken. „Das sind Fehlentwicklungen, die ein genaues Hinsehen und Überprüfen der Ausbildungsqualität erfordern. In der von der Großen Koalition angestrebten Reform des Berufsbildungsgesetzes müssen sich diese Zahlen in konkreten Maßnahmen niederschlagen“, betonte Klinger.

Der Gewerkschafter kritisierte weiter, dass der aktuelle Ausbildungsbericht nicht dem aktuellen Stand der Entwicklungen gerecht werde. Deshalb müsse er reformiert werden. So sei die Zahl der Auszubildenden im vollzeitschulischen Bereich in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen auf 175.000 stark gestiegen. „Die Ausbildungsgänge sind mittlerweile – genau wie die duale Ausbildung – eine wichtige

Stütze der Berufsbildung“, unterstrich Klinger.

Die Zahl der Studienanfänger sei seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts um knapp 41 Prozent auf 515.000 gestiegen – ein wachsender Teil davon in dualen Studiengängen. Für die GEW sei das jedoch kein Beleg für die Entwertung beruflicher Abschlüsse, sondern ein Zeichen für den starken Wunsch nach Bildung und gesellschaftlichem Aufstieg. „Statt also über den Fachkräftemangel zu jammern, sollten die Arbeitgeber klare Ausbildungs- und Berufsperspektiven schaffen“, sagte das GEW-Vorstandsmitglied. Dafür brauche es auch eine Ausbildungsgarantie, die mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes umgesetzt werden könne.

# FRANKFURTER SCHULPREIS:

## Auszeichnung und Fördermöglichkeit für Demokratie-Projekte an Schulen

Auf Spurensuche in ihrem Stadtteil machten die Grundschüler\*innen der 3b der Pestalozzischule in Frankfurt-Riederwald eine Entdeckung: Alle Straßen im ehemaligen Arbeiter\*innen-Viertel, so war den Kindern aufgefallen, sind fast ausschließlich berühmten Männern gewidmet – Karl Marx, Ferdinande Lassalle oder Friedrich Engels. Ein einziges Straßenschild trug den Namen einer Frau: der Johanna-Tesch-Platz.

Zum Abschluss des Projektes entschieden die Kinder im Klassenrat, Johanna Tesch mit einer Geburtstagsfeier zu ehren, zu der sie die Enkelin von Johanna Tesch, die heute in Hamburg lebt, einluden. Die Feier war ein gelungener Abschluss für ein Projekt, das über das selbstverantwortliche und alltagsnahe Kennenlernen des eigenen Stadtteils die Schüler\*innen mit der Geschichte ihrer Umgebung und den Möglichkeiten von gesellschaftspolitischem Engagement vertraut machte.

Als aktiver Beitrag für eine lebendige Erinnerungskultur wurde das Projekt von der Dezernentin für Bildung und Integration Sylvia Weber mit dem mit 7.000 Euro dotierten ersten Platz des

Frankfurter Schulpreises 2018 ausgezeichnet. Der Schulpreis möchte junge Menschen dabei unterstützen, sich couragiert, kreativ und alltagsnah im Schulalltag einzumischen, Verantwortung zu übernehmen und so demokratische Werte zu leben und zu lernen.

Die Bildungsstätte Anne Frank begleitet die Umsetzung des Schulpreises. Schulen können sich dort bereits während der Konzeption der angedachten Projekte beraten lassen und werden während der Durchführung vom pädagogischen Team der Bildungsstätte begleitet. Gesucht werden Projekt-Ideen, welche die Partizipation von Schüler\*innen sowie eine inklusive Schulkultur ebenso fördern wie die Auseinander-

setzung mit Themen wie Gleichberechtigung oder die Akzeptanz von Vielfalt. Besonders gefragt sind also Projekte, die nicht von verantwortlichen Erwachsenen „Top-Down“ entschieden, sondern vielmehr gemeinsam mit den Jugendlichen aus ihrem Alltag heraus entwickelt werden. Die zehn überzeugendsten Projektvorhaben erhalten ein Startgeld von 2000.00 Euro für die Umsetzung ihres Projekts und werden von einer Jury für den Schulpreis nominiert.

Der für das kommende Schuljahr ausgeschriebene Schulpreis 2019 trägt das Motto „Wir sind eins“. Gesucht und gefördert werden Projekte – auch an beruflichen Schulen –, in denen sich Schülerinnen und Schüler auf innovative Weise für ein gleichwertiges Zusammenleben engagieren und so Ausgrenzungen aufgrund von Religion, Geschlecht, Sexualität, Behinderung, Einkommen oder Herkunft entgegenwirken.

Bewerbungsschluss ist der 20. August 2018. Zu diesem Termin genügt ein GANZ KURZES KONZEPT. Die Projekte finden dann im Anschluss über das gesamte Schuljahr verteilt statt. Der Arbeitsaufwand für das Bewerbungsschreiben ist äußerst gering und die Frist bewusst so geschoben, dass die Schulen dies in den ersten 2 Wochen bewältigen können.

Weitere Informationen zur Ausschreibung und Bewerbung erhalten Sie auf <https://www.bs-anne-frank.de/frankfurter-schulpreis/> und <https://www.isep.frankfurt-macht-schule.de/ausschreibung-frankfurter-schulpreis-2019> oder per Mail an [OFassing@bs-anne-frank.de](mailto:OFassing@bs-anne-frank.de).



Wer war diese Frau? Aus dieser Frage entwickelte sich ein bemerkenswertes Projekt, mit dem sich die Schule um den Frankfurter Schulpreis 2018 bewarb, den die Stadt unter dem Motto „Schule lebt Demokratie“ erstmals ausgeschrieben hatte. Unterstützung bei der Konzeption erhielt die Schule – wie alle 10 Projekte im Rennen um den Schulpreis – von der Bildungsstätte Anne Frank. Die Grundschüler\*innen begaben sich auf Recherche und fanden schnell heraus: Die 1875 geborene Johanna Tesch setzte sich zu Lebzeiten aktiv für Demokratie und Frauenrechte ein, war Sozialdemokratin und starb als Verfolgte des NS-Regimes im März 1945 im Konzentrationslager Ravensbrück.



# DEUTSCHER BUNDESTAG ENQUETE ZU »BERUFLICHER BILDUNG« WIRD EINGESETZT

**28.06.2018** Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Die Linke wollen eine Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ einsetzen. Dies sieht ein Antrag (DS 19/2979) vor, der am Donnerstag im Plenum zur Abstimmung steht. Die Enquete-Kommission soll demnach „die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Bildung in der künftigen Arbeitswelt untersuchen und die ökonomischen und sozialen Potentiale einer Modernisierung prüfen“. Die Kommission soll unverzüglich eingesetzt werden und nach der parlamentarischen Sommerpause 2020 ihren Abschlussbericht mitsamt Handlungsempfehlungen vorlegen. Ihr sollen unter Vorsitz der CDU/CSU 19 Mitglieder des Deutschen Bundestags sowie 19 Sachverständige angehören.

Die Digitalisierung stellt Deutschland laut Antrag vor neue Herausforderungen in der Aus- und Weiterbildung. Veränderte Qualifikationsanforderungen in der modernen Arbeitswelt machten es nötig, dass Ausbildungsinhalte, Lehr-, Lern- und Prüfmethoden regelmäßig fortentwickelt werden. Auch die Qualifizierung von betrieblichem Ausbildungspersonal und Berufsschullehrern gehöre dazu. „Technische Entwicklungen müssen frühzeitig und kontinuierlich in die berufliche Bildung einbezogen und für sie verfügbar gemacht werden“, heißt es weiter.

Ziel der Kommission soll es sein, eine klare Strategie für die Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu formulieren, die auch die Stärkung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in einem Zeitalter des digitalen Wandels von Berufsbildern und Erwerbsbiographien herausstellt. Die Enquete-Kommission soll aufzeigen, an welchen Stellen und wie die berufliche Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss und wo Hürden ab- und Stärken ausge-

baut werden können. Dabei sollen auch „Aspekte wie die Sicherung des Fachkräftebedarfs, niedrigschwellige und diskriminierungsfreie Zugänge zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie künftige Aufgaben unserer Gesellschaft“, etwa im pflegerischen und pädago-



gischen Bereich, Berücksichtigung finden. (hib/LBR)

**Wap-IG Metall 29.06.2018**

Der Antrag kann entweder auf der Homepage des Deutschen Bundestages herunter geladen oder bei der Redaktion abgerufen werden.

# ARMUT LIEGT AUF DEM WEIBLICHEN GESCHLECHT – AUCH IN DEUTSCHLAND!

Existiert Armut in einem der reichsten Länder der Welt? Ja, auch in Deutschland gibt es Armut und diese Armut ist in erster Linie weiblich. So recherchierten die Schüler und Schülerinnen der 12. Klasse der Fachoberschule mit dem Schwerpunkt Sozialwesen an der Alice-Eleonoren-Schule in Darmstadt in einem Schulprojekt im Wahlpflichtfach.

Die 25 AbschlusschülerInnen wählten dieses Thema unter drei anderen Themen aus, weil sie mehr darüber wissen wollten und weil sich jede(r) von diesem Thema in irgendeiner Weise berührt fühlte.

Mit ihrer Lehrerin Angelika Förster luden sie neben der Frauenbeauftragten der Stadt Darmstadt, Edda Fees, die SPD Politikerin Brigitte Zypries ein. Zudem wurden mehrere Interviews von kleineren Schülerarbeitsgruppen auch außerhalb der Schule geführt, so z.B. mit

Entscheidungen insbesondere bei Frauen seien können. So zB die Entscheidung für eine (frühe) Schwangerschaft und ein Kind ohne feste Partnerschaft, ohne Berufs- oder Studienabschluss mit einhergehenden schlechten Einstellungschancen (als Alleinerziehende) und geringen Karrieremöglichkeiten und damit impliziten Niedrigeinkommen - verstärkt vielleicht durch Teilzeitarbeit wegen des Kindes. Und als letzte Konsequenz in dieser Entscheidungskette zeigt eine weitere Schüler-AG die „Armut im Alter“ auf. Gerade bei diesen Ergebnissen



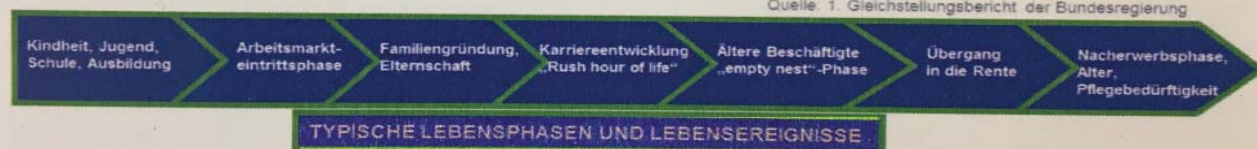
lich schwarze T-Shirts mit einem „Frag mich“ –Aufkleber auf Brust oder Rücken und beantworteten alle Fragen von MitschülerInnen aus den Parallelklassen, aber auch von Lehrerinnen und Kollegen zu den vorgestellten Themen.

Jede Arbeitsgruppe hat unter ihr eigenes Thema auch noch Tipps für die betroffenen Frauen geschrieben:

## Grundlage: Lebensverlaufperspektive

Entscheidungen / Zugriffsmöglichkeiten / Wissen über rechtliche Rahmenbedingungen = Weichenstellung fürs Leben

Quelle: 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung



ehrenamtlichen Mitarbeitern der Darmstädter Tafel, Angestellten der Rentenversicherung und mit Frauen, die in typischen Niedriglohnssektoren arbeiten.

Eine weitere Schülerarbeitsgemeinschaft wählte das Thema „Arm durch Kind(er)“ und stellte dabei heraus, wie folgenreich bestimmte

staunten insbesondere die Frauen nicht schlecht, welche Renteneinbußen durch Teilzeitreduzierungen aufgrund von Erziehungszeiten möglich sind.

Alle Rechercheergebnisse wurden als großes farbiges Wandposter präsentiert. Die FachoberschülerInnen trugen zur Präsentation einheit-

wie zum Beispiel vor der Eheschließung einen notariell beglaubigten Ehevertrag mit dem Partner aufzusetzen, der eine mögliche Kompensation der Erziehungszeiten oder der Renteneinbußen durch Teilzeitarbeit wegen Kinderbetreuung bereits schon vor der Schwangerschaft und der Eheschließung berücksichtigt, so dass einer eventuell im Renten-



ter drohenden Mütter-Altersarmut frühzeitig vorgebeugt wird. Zudem sind aber auch unter den Tipps Adressen von Hilfsorganisationen oder Beratungsstellen (gerade für den Fall der Diskriminierung im Beruf) genannt. Aber auf jeden

Fall lohnt sich das Ansehen des gesamten Plakates, so die Meinung vieler Kolleginnen und auch männlicher Kollegen und Schüler und Schülerinnen sowieso.

Die Plakatwand ist noch bis Ende

des Jahres in der Alice-Eleonoren-Schule im 2. OG zu sehen.

**Angelika Förster**  
Oberstudienrätin und  
Ansprechperson für sexuelle  
Gewalt an der Schule

## WIE ARMUT DIE GESUNDHEIT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN TRIFFT HARTZ IV UND BEHINDERUNG: DGB FORDERT SOFORTMASSNAHMEN

*Immer mehr Schülerinnen und Schüler brauchen besondere Unterstützung, auch die Zahl der behinderten jungen Menschen steigt.*

### Risikofaktor Hartz IV

Menschen, die von Hartz IV leben, sind überdurchschnittlich oft betroffen: Die ‚Nebenwirkungen‘ von Hartz IV – Armut, beengtes Wohnen, geringere Bildungschancen, weniger Teilhabe an der Gesellschaft – können die körperliche, geistige und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen negativ beeinflussen. Darauf weisen Experten seit Jahren hin.

Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit verpflichtet, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen schrittweise umzusetzen. Aber auch fast zehn Jahre später hakt und klemmt es an allen Ecken - auch und gerade im Hartz IV-Bereich.“

### Das ist zu tun

Um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hartz-IV-Familien zu schützen und weiteren Behinderungen vorzubeugen schlägt der DGB Sofortmaßnahmen gegen Kinderarmut vor. Dazu gehören:

- ◆ Sofortige Deckung des Mehrbedarfs für behinderte Kinder und Jugendliche in Hartz IV
- ◆ Bedarfsgerechte Hartz IV-Regelsätze
- ◆ Sofortprogramm „Zukunft für Kinder - Perspektiven für Eltern im SGB II“
- ◆ Existenzsichernde Beschäftigung für Eltern
- ◆ Kindergeld und Wohngeld armutsfest ausbauen
- ◆ Soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche ausbauen

**In: arbeitsmarkt aktuell 04/2018 – 23.04.2018**



nach dem „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“ (von unten nach oben zu lesen)

Lernstufe	Am Ende dieser Stufe können Sie ...
<p><b>C 2</b></p>	<p>die gesprochene und schriftliche Sprache problemlos verstehen, sich an allen Gesprächen und Diskussionen mühelos beteiligen und sind auch mit umgangssprachlichen und idiomatischen Ausdrucksweisen sehr vertraut, die Sprache in allen privaten und beruflichen Situationen in anspruchsvollen Zusammenhängen schriftlich wie mündlich angemessen und präzise anwenden</p>
<p><b>C 1</b></p>	<p>längeren Reden und Gesprächen mit komplizierten Zusammenhängen folgen, lange und komplexe Sach- und literarische Texte, Fachartikel und lange technische Anleitungen verstehen, auch wenn sie nicht in Bezug zu Ihrem Spezialgebiet stehen, sich fast mühelos spontan und fließend ausdrücken, die Sprache im gesellschaftlichen und beruflichen Leben und in der Ausbildung angemessen und präzise anwenden, sich schriftlich klar und präzise ausdrücken, Texte über komplexe Sachverhalte verfassen</p>
<p><b>B 2</b></p>	<p>längeren Redebeiträgen und komplexer Argumentation in der Standardsprache sowie den meisten Nachrichtensendungen folgen</p> <p>sich im privaten und beruflichen Bereich so spontan und fließend verständigen, dass ein normales Gespräch mit Muttersprachlern möglich ist und können sich an Diskussionen beteiligen</p> <p>klare detaillierte Texte über eine Vielzahl von Themen schreiben, Aufsätze verfassen, persönliche und formelle Briefe schreiben und deutlich machen, was wichtig ist</p>
<p><b>B 1</b></p>	<p>die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Bereiche wie Arbeit, Schule oder Freizeit geht</p> <p>die meisten alltäglichen Situationen sprachlich bewältigen und sich zusammenhängend zu vertrauten Themen, z. B. Familie, Hobbies und Beruf äußern über Erfahrungen und Ereignisse berichten und Meinungen und Ansichten begründen</p>
<p><b>A 2</b></p>	<p>Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke/Wörter verstehen, wenn es z. B. um einfache Informationen zur Person, zur Familie, Einkaufen oder Arbeit geht</p> <p>sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen</p> <p>mit einfachen Mitteln die eigene Herkunft und Ausbildung, die direkte Umgebung und alltägliche Dinge beschreiben</p>
<p><b>A 1</b></p>	<p>vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen und verwenden sich und andere vorstellen, Fragen zur Person stellen und Fragen hierzu beantworten</p> <p>sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind zu helfen</p>

## Impressum

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und  
Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-  
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •  
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe  
Berufsbildende Schulen  
-Vorsitzendenteam -

### Layout:

#### Matthias Hohmann

Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

### Redaktion:

#### Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

#### Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880

Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

### Auflage: 4600

### Druckerei:

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentli-  
chte Manuskripte und Fotos liegt  
ausschließlich bei der Redaktion.  
Nachdruck, auch auszugsweise,  
sowie Vervielfältigung oder sonstige  
Verwertung von Texten und Bildern  
darf nur mit schriftlicher Genehmi-  
gung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Bei-  
träge geben nicht in jedem Fall die  
Meinung des Herausgebers wieder.  
Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte und Fotos übernimmt die Re-  
daktion keine Haftung. Die Zustim-  
mung zum Abdruck wird vorausge-  
setzt.

Leserbriefe werden bevorzugt ent-  
gegengenommen, können aus re-  
daktionellen Gründen jedoch ge-  
kürzt werden.

# ZWEI BEISPIELE FÜR EIN SCHREIBEN NACH DEM GER

*GER = „Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen“*

## Beispiel A2

Hallo Frau Meinert,  
Entschuldigung mich, ich kann  
diese nicht in der Schule kom-  
men. Meine Mann ist krank er zu  
Seit in Kankhaus. Ich bin Allein  
Mit die Kindern zu hause.  
Mach viel Stress. Deswege die-  
se Woche ich bin nicht da, ich  
melde mich nerste Woche bei sie  
oder ich rief sie an.

Viel Dank

## Beispiel B1

Sehr geehrte Frau Meinert.  
Ich möchte Sie informieren, dass  
ich kann leider nicht diese Woche in  
den Kurs kommen. Mein Sohn ist  
krank, ich muss auf ihn aufpassen,  
das heißt, ich muss ui Hause blei-  
ben.  
Aber ich möchte unbedingt wissen  
was würden Sie im Kurs bis nächste  
Woche machen. Ich versuche dass  
zu Hause zu machen. Ich komme  
wieder nächste Woche am Dienstag.  
Ich freue mich auf Ihre antwort.  
Mit freundlichen Grüßen



**Weitere Information:** Broschüre „Arbeitsplatz Europa: Sprachkompe-  
tenz wird messbar“. Hier wird den Sprachniveaus nach den Vorgängen  
HÖREN, LESEN, SPRECHEN und SCHREIBEN Fertigkeiten zugeord-  
net, die aus Sicht der Wirtschaft gefordert werden.

*Die Broschüre kann bei der Redaktion angefordert werden*

# **Anerkennung und Wertschätzung Lehrer-Bildungskongress vom 9. bis 10. November 2018 in Weinheim**

## **Von der Defizitorientierung zur Positivsicht**

### **Die Themen:**

- ☛ Vielfalt kreativ nutzen
- ☛ Im Klassenrat Demokratie lernen
- ☛ Ressourcen als Potenzial aktivieren
- ☛ Humor als Energiequelle entdecken
- ☛ Elterngespräche souverän führen
- ☛ Lernentwicklungsgespräche konzipieren
- ☛ Veränderungsprozesse konstruktiv steuern

Mehr unter [www.beltzforum.de](http://www.beltzforum.de)

## **EduAction-Bildungsgipfel**

**25. – 26.10.2018 in Mannheim**

Impulsgeber, Motor und Katalysator für die Zukunft der Bildung – das will der EduAction-Bildungsgipfel sein. Lehrende und Lernende, Bildungsforscher und Vordenker sowie Innovatoren und Praktiker aus Wirtschaft, Verbänden, Stiftungen und Kommunen skizzieren ihre Ideen für die Bildungswelt des 21. Jahrhunderts, stellen neue Konzepte vor und diskutieren diese in interaktiven Formaten.

Weitere Informationen unter [www.edu-action.de](http://www.edu-action.de)

## **GEW-Fachtagung InteA und Sprachförderung**

**27. September in Frankfurt/M.**

Für den Vormittag sind zwei Vorträge vorgesehen:

- ♦ Dr. Sven Sauter (PH Ludwigsburg) referiert zum Thema „Anschlüsse – Abschlüsse – Ausschlüsse? Bildungswege junger Geflüchteter als Hindernisläufe“
- ♦ Prof. Dr. Anke Wegener (Universität Trier) setzt sich mit schulischer Sprachförderung auseinander.

Am Nachmittag gibt es zum einen mehrere praxisorientierte Impulse aus Sicht der Schule, der sozialpädagogischen Begleitung sowie der Jugendberufshilfe. Darüber hinaus ist eine Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien aus dem Hess. Landtag.

Anmeldungen: [www.GEW-Hessen.de](http://www.GEW-Hessen.de)

## **GEW-Fachtagung Gute Bildung für Neuzugewanderte**

**23. November 2018, 11.00 bis 16.00 Uhr in Göttingen**

**Vormittag:** Zwei Referate zu „Berufswahl und Erfolg beruflicher Ausbildungen Neuzugewanderte“ sowie „Umsetzung des Koalitionsvertrags“

**Nachmittag:** Fünf verschiedene Foren zu Netzwerken, Spracherwerb, Gelingensbedingungen für Ausbildung, Kooperation Berufliche Schulen mit Bildungsträgern sowie Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in den Bundesländern

Näheres unter [www.gew.de](http://www.gew.de)